

Programmatische Erklärung der Roten Zellen/AK

I.

1. Kommunistische Politik ist Resultat wissenschaftlicher Einsicht in das Kapitalverhältnis. Sie zielt auf die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft. Diese Zielsetzung hat Marx aus der wissenschaftlichen Erkenntnis des Kapitalismus, mithin aus dem Charakter dieser Gesellschaft selbst begründet. Revolutionäre Theorie ist das wissenschaftliche Begreifen der kapitalistischen Gesellschaft und als solches deren Kritik. Nicht in Utopien von Weltverbesserern ist die Notwendigkeit und damit die Möglichkeit der Revolution enthalten, nicht ein Ideal ist der Antrieb kommunistischer Politik, sondern die objektiv erkannten Verhältnisse selbst (1).

Die „Theorie-Praxis“-Debatten, die sich um die Alternative bzw. Ergänzung *zweier* Kriterien für kommunistische Politik bemühen, sind bereits Ausdruck einer explizit bürgerlichen Stellung zur gesellschaftlichen Realität: Wer ausspricht, die Wirklichkeit der kapitalistischen Ausbeutung, nicht die wissenschaftliche Analyse begründe die politische Praxis, setzt die Realität in (Gegensatz zu ihrer wissenschaftlichen Erkenntnis, was nur heißen kann, daß sich solche Praxis von den unbegriffenen Resultaten kapitalistischer Praxis leiten läßt. Wenn die wirkliche gesellschaftliche Bewegung die Grundlage von Politik ist, dann als erkannte, nicht in der Weise, wie sie der unmittelbaren Erfahrung erscheint. Die Konstruktion des Gegensatzes von Wissenschaft und Wirklichkeit verrät, da sie Wissenschaft partiell oder ganz für überflüssig erklärt, die Marxsche Einsicht in die Differenz von Erscheinung und Wesen, durch die die Wirklichkeit charakterisiert ist, und propagiert darüber hinaus noch eine Handlungsweise, welche nach Marx einem Zustand angehört, in der die Menschen ihre Geschichte ohne Bewußtsein machen.

Politik, die die gesellschaftlichen Verhältnisse als vorgegebene akzeptiert — und dies tut sie dann, wenn ihr die Verhältnisse, weil unbegriffen, zur *positiven* Grundlage von „Veränderungen“ werden (sog. „realistische Politik“) — ist bürgerliche Politik, auch dann, wenn sie sich auf ihren praktischen Charakter etwas zugute hält und so tut, als würde *Praxis* bereits antikapitalistische Qualität garantieren. Kommunistische Politik bestimmt aus der theoretischen Durchdringung dessen, wogegen sie sich schließlich richtet, aus der Kritik des Kapitalverhältnisses die prakt-

1 Bereits Engels sah sich gezwungen, dies in einem Brief an Lafargue klarzustellen, der meinte, Marx wegen seiner hohen politischen Ideale loben zu müssen: „Marx würde gegen das politische Ideal protestieren, das Sie ihm unterstellen. Wenn schon von einem Mann der Wissenschaft, der ökonomischen Wissenschaft, die Rede ist, so darf man keine Ideale haben, man erarbeitet wissenschaftliche Ergebnisse, und wenn man darüberhinaus noch ein Mann der Partei ist, so kämpft man dafür, sie in die Praxis umzusetzen. Wenn man aber ein Ideal hat, kann man kein Mann der Wissenschaft sein, denn man hat eine vorgefaßte Meinung.“ (MEW 36/198)

sehen Schritte zu seiner Aufhebung (2). Sie weiß sich darin einig mit Lenin, der ihre Grundlage Denennt: „Ohne revolutionäre Theorie kann es keine revolutionäre Bewegung geben.“ Kommunistische Politik ist also keine Frage der „Weltanschauung“, der „Parteinahme“¹¹, oder des „Standpunkts“ — Parteilichkeit, die nicht aus wissenschaftlicher Einsicht resultiert, ist nur dumm und moralisch, nicht aber revolutionär. Die Verächter der Theorie vergessen (3), daß ohne Kenntnis der Bestimmungen des Kapitalismus, aus denen die Möglichkeit seiner Überwindung hervorgeht, Praxis untrennbar den Verhältnissen verhaftet bleibt, die sie abschaffen möchte: sie richtet sich nur noch gegen wahllos summierte, irgendwie negativ bewertete Erscheinungen.

2. Die Trennung der objektiven von den subjektiven Produktionsbedingungen und ihre Verwandlung in Kapital und Lohnarbeit löst die geistigen von den körperlichen Momenten der gesellschaftlichen Arbeit und setzt beide In Gegensatz zueinander“, der sich in der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie realisiert. Das sich durchsetzende Kapitalverhältnis produziert einerseits die Naturwissenschaften als eigene Sphäre und trennt sie von der materiellen Produktion. Zugleich ist diese Abtrennung Voraussetzung für die Unterordnung der Wissenschaft unter die Erfordernisse des Produktionsprozesses. Dieser „vollendet sich in der großen Industrie, welche die Wissenschaft als selbständige Produktionspotenz von der Arbeit trennt und in den Dienst des Kapitals preßt“ (MEW 23/382).

Andererseits entstehen, vermittelt über die Aufgaben des Staates, die ihm aus der Konkurrenz erwachsen, die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften (inne wissenschaftlich erscheint dies als Auflösungsprozeß der Philosophie). Sie existieren in den vom Staat verwalteten Institutionen der Wissenschaft und Ausbildung - also ebenfalls getrennt von der materiellen Produktion. Sie nehmen ihre gesellschaftliche Funktion - Mittel für die Bewältigung der im Kapitalismus entstehenden Wider-

- 2 Die Trennung von Theorie und Praxis als notwendiges Resultat der bürgerlichen Gesellschaft wird auch dadurch nicht aufgehoben, daß unterm Postulat „marxistischer Erkenntnistheorie“ ihr Ineinsfallen gefordert wird, noch dazu mit der platten Begründung, die Theorie sei Widerspiegelung der praktischen Verhältnisse. Jenen, die in Anlehnung an Mao Tse-Tung eine „marxistische“ Neuaufgabe des flachsten Empirismus propagieren, ist das Wissen entgegenzuhalten, das der junge Marx bereits besaß, als er die Verwirklichung der Philosophie als gleichbedeutend mit der Aufhebung des Proletariats bezeichnete. Wer dieser Einsicht sich entgegenstellt und revolutionäre Praxis unmittelbar an den gesellschaftlichen Verhältnissen des Kapitalismus orientiert, fällt selbst noch hinter diese Verhältnisse zurück. Daß die Wissenschaft, auf die sich die bürgerliche Gesellschaft stützt, eine falsche ist, hat als Konsequenz den wissenschaftlichen Sozialismus und nicht den Verzicht auf Wissenschaft.
- 3 Auch das Festhalten an mangelhafter Theorie und die Behauptung, eine solche wäre schon die revolutionäre, verfällt dem Verdikt der Theorieverachtung. Insoheim sind sich spontaneistische Gruppen und ML-Zirkel. ob sie nun die spontane Initiative der Arbeiter feiern, oder als „Theorie“ sogenannte. Lehrsätze der Klassiker herbeten, därm einig, theoretische Arbeit, die den Anspruch der Begründung revolutionärer Theorie ernst nimmt. „als Seminar marxismus zu denunzieren. Die triviale Einsicht, daß sich die Welt durch Denken allein nicht verändern läßt, dient ihnen als willkommener Vorwand, aufs Denken ganz zu verzichten, so daß sich in Polemiken von „Kommunisten“ antiintellektuelle Topoi finden, die eigentlich dem Faschismus anstehen.

Sprüche zu sein — in ihre Erkenntnistätigkeit auf und verfahren mit der zu er-
kennenden Realität instrumentell, was ihren unwissenschaftlichen Charakter und damit
den affirmativen (ideologischen) Gehalt ihrer Resultate ausmacht.

Die wissenschaftliche Erkenntnis des Kapitalismus offenbart eine diesem
selbst entspringende Schranke kommunistischer Politik: die Arbeiterklasse, die als
objektive Negation des Kapitals dessen Aufhebung bewerkstelligen kann, ist nicht
per se auch Träger des Wissens über die objektiven Bestimmungen des Kapitalismus.
Das Kapital läßt Wissenschaft getrennt vom Proletariat entstehen, das doch aus ihr
die Kriterien seines Handelns nehmen muß. Die Analyse des Verhältnisses von
Wissenschaft und Kapital zeigt zudem, daß die von unmittelbaren Produktionspro-
zess gesonderten geistigen Potenzen in allen Formen den Arbeitern als feindliche
Macht gegenüberstehen: die Naturwissenschaften durch ihre Anwendung, die Geis-
teswissenschaften bereits aufgrund ihrer Affirmation der kapitalistischen Zustände.

Die Wissenschaft von der Gesellschaft kann deshalb auch nicht in ihrer vor-
handenen Form als Grundlage revolutionärer Politik übernommen werden. Der wis-
senschaftliche Sozialismus ist die Überwindung des Mangels bürgerlicher Wissen-
schaft — an deren rationalen Momenten hält er fest, streift aber den ihr immanenten
positiven Bezug auf die kapitalistischen Verhältnisse ab und gerät zu ihnen in Ge-
gensatz: die aus ihm bestimmte Praxis ist revolutionär.

Träger der Wissenschaft ist eine Intelligenz, die in ihrer kapitalistischen Funktion im
Gegensatz zum Proletariat steht. In der Rede von der „Wissenschaft im Dienste des
Volkes“ ist die kapitalistische Bestimmtheit von Wissenschaft in Form und Inhalt
zugedeckt; was mit Wissenschaft geschieht, soll unabhängig von ihrem objektiven
Charakter dem Willen der mit ihr Befähigten unterworfen sein (4).

Dieser Irrtum ist die Voraussetzung für die Phrase vom „Bündnis der Intellek-
tuellen mit den werktätigen Massen“. In aller Schärfe ist jedoch festzuhalten, daß
die Arbeit an der revolutionären Theorie, dem wissenschaftlichen Sozialismus, in
diametralem Gegensatz zu den Bestimmungen geistiger Produktion im Kapitalismus
steht, ja gerade deren Negation darstellt. Kommunistische Politik weiß, daß es sich
bei ihr nicht um eine „Vereinigung“ oder gar um ein „Bündnis“ von Intelligenz und
Proletariat, wie sie sich im Kapitalismus gegenüberstehen, handeln kann: Vielmehr
müssen diejenigen, welche im objektiven Gegensatz zum Kapital stehen, das Wissen
um diesen Gegensatz erwerben und aus ihm ihr politisches Vorgehen bestimmen. Es
ist das Wissen um den Kapitalismus, in dem die Aufgabe der Intelligenz bei der
Beförderung des proletarischen Klassenkampfes enthalten ist. Ihre Pflicht ist nicht
die Bündnispartnerschaft aus einer Gemeinschaft der Interessen (5), sondern die

4 Unter der Hand gerät damit den zeitgenössischen Vulgärmarxisten, die mit der Tarnkap-
pe des Antirevisionismus auftreten, die Bestimmung der Wissenschaft - vor allem der
Naturwissenschaft und Technologie - und daraus diejenige der „Klassenlage“ der Intelli-
genz zu einer, die sich nicht mehr von der allgemein bekämpften revisionistischen These
von der klassenneutralen „Produktivkraft Wissenschaft“ unterscheidet, die sich im Gefol-
ge der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ herausgebildet haben soll.

5 Da es Bestimmung der Privatsubjekte im Kapitalismus ist, ihre Revenuequellen optimal
zu nutzen, und die daraus resultierenden Interessen in der Form der Konkurrenz auch an

Analyse der Bewegungsgesetze der Produktionsweise, die es dem Proletariat zu vermitteln gilt.

Daraus folgt — und dies forderte Lenin —, daß für den Revolutionär die revolutionäre Arbeit selbst zum Beruf werden muß (6). Für die an kommunistischer Politik beteiligten Intellektuellen gilt, daß sie zu allererst an sich selbst den Anspruch realisieren müssen, tatsächlich den Kapitalismus wissenschaftlich zu begreifen. „Diese Leute müssen, um der proletarischen Bewegung zu nützen, auch wirkliche Bildungselemente mitbringen“ (MEW 34/406).

Bescheidenheit dagegen, wie sie von den „Marxisten-Leninisten“ mit dem Slogan „Von den Massen lernen“ gefordert wird, ist keine Zier, wenn sie einzig dem Ausweichen vor der Anstrengung dient, sich durch intensives Studium aus der Befangenheit bürgerlicher Wissenschaft zu lösen: Die gründliche Ausbildung von Intellektuellen muß, da sie Voraussetzung für richtige Politik im Proletariat ist, auch *zeitlich* dieser Praxis vorhergehen. Sie kann sogar temporär die zentrale Tätigkeit neben der Erarbeitung notwendiger Kenntnisse darstellen (7).

3. Aus der Trennung der Wissenschaft von der materiellen Produktion hat sich die Entstehung von revolutionärer Theorie zunächst getrennt vom Subjekt der Aufhebung des Kapitalverhältnisses, dem Proletariat, ergeben. Daraus resultiert das Problem der Vermittlung der revolutionären Theorie an das Proletariat. Fordert auf der einen Seite der wissenschaftliche Sozialismus aufgrund der in ihm formulierten objektiven Einsichten in die revolutionäre Potenz des Proletariats die Überwindung seiner Existenz als bloßer Wissenschaft, drängen andererseits die widersprüchlichen Erfahrungen der Arbeiterklasse auf die wissenschaftliche Erklärung ihrer Ursachen.

Der Inhalt kommunistischer Agitation als die organisierte Vermittlung revolutionärer Theorie an das Proletariat hat sich aus der Analyse dessen zu ergeben, wogegen revolutionäre Praxis sich richtet. Mit der Marxschen Theorie als Entwicklung des Kapitalbegriffs, die aufgrund des ihr immanenten Ganges zu den Bestimmungen der Konkurrenz, des Staates und des Weltmarktes fortschreitet auch der Gang der theoretischen Arbeit einer kommunistischen Organisation vorgezeichnet: er besteht in der Entwicklung der verwandelten Formen der Oberfläche des

den Staat anzumelden, ergeben sich bisweilen gleichlautende Forderungen an den gleichen Adressaten. Daß dem so ist, Proletarier und Studenten zu formalen Interessensidentitäten gelangen können, ist ein der Oberflächenbewegung der Konkurrenz zuzurechnender Sachverhalt, eine Koizidenz., die auszuschlachten man den Revisionisten überlassen sollte.

6 Sieht ein Intellektueller in revolutionärer Tätigkeit seine Aufgabe, so macht er seinen bürgerlichen Beruf zur bloßen Voraussetzung für seine politische Arbeit. Er weiß, daß beide nicht miteinander zu vereinbaren sind. Der Grund für die Ausübung bürgerlicher Berufe durch revolutionäre Intellektuelle, also einer Funktion *innerhalb* der kapitalistischen Arbeitsteilung, ist die Notwendigkeit zur Reproduktion, nicht aber ein „fortschrittlicher Charakter“ bestimmter intelligenter Berufe.

7 Das erste Charakteristikum einer kommunistischen Organisation liegt in der Institutionalisierung wissenschaftlicher Arbeit und Ausbildung: einer *kommunistischen* Organisation wohlgehemmt. Ein Forschungsinstitut ist keine! Dies gegen Altväter, Bischöffe und ange-Reichelte Reformuniversitäten.

Kapitals. Es verbietet sich das Ausgehen von der Identität der Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie mit der wirklichen Bewegung der einzelnen Kapitale ebenso, wie ihr willkürliches Zusammenbringen in der Form der „Anwendung“. Die Herstellung des richtigen Bezugs ist Inhalt der Arbeitskonferenz der Roten Zellen/AK.

Während allenthalben „bolschewistische Kaderparteien“ (8) von Studentenzirkeln aus dem Boden gestampft werden oder spontaneistische Organisationsformen munter draufloswerkeln, insistiert kommunistische Politik darauf, daß die praktische Lösung der Organisationsfrage (und diese behandelt — zunächst einmal — das Problem organisierter Vermittlung revolutionärer Theorie an das Proletariat) ohne die vorher geleistete Analyse des gegenwärtigen Standes der Auseinandersetzung von Lohnarbeit und Kapital unvermeidlich zum Formalismus führt. Der prinzipielle Mangel *aller* bisherigen „Parteigründungen“ in Westdeutschland und Westberlin zeigt sich in den Programmen und Gründungserklärungen, die sie vorgelegt haben. Aus den dürftig zusammengezimmerten „Analysen“, die weitgehend aus Versatzstücken der Leninschen Imperialismustheorie, mehr an empirischer Sozialforschung, denn an marxistischer Theorie orientierten „Realanalysen“ des BRD-Kapitalismus und importierten Mao Tse-tung-Ideen zusammengesetzt sind, folgen dann angeblich kommunistische Forderungen, deren Beliebigkeit und Willkür nur durch eine Richtschnur zusammengehalten wird. Sie gehen stets um ein Stück über das hinaus, was die DKP und die jeweiligen Konkurrenzparteien fordern.

Im Zwang zum Optimismus, der die Schlagzeilen ihrer Gazetten beherrscht, liegt das Eingeständnis, daß die Lage doch nicht so ausgezeichnet ist, wie die „marxistisch-leninistischen“ Auguren es sich gerne vorlügen. Das Theoriedefizit soll wettgemacht werden durch die Berufung auf eine schale Tradition: Ernst Thälmann und die Weimarer KPD sollen eine ruhmreiche Geschichte begründen, in die man sich getrost einreihen kann. Abgesehen von der blanken Faktizität, daß die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vor allem eine des Revisionismus ihrer Organisationen ist, wäre eine grundsätzliche Reflexion „auf den Stellenwert von Erfahrungen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, die obendrein noch verallgemeinerbar sein sollen, vonnöten. Das Studium der Geschichte der Arbeiterbewegung kann eine Notwendigkeit werden, wenn es darum geht, einer kommunistischen Organisation, die die Arbeit im Proletariat aufnimmt, Aufschluß über das Bewußtsein der Arbeiterklasse in seinem Verhältnis zu den theoretischen und praktischen Anstrengungen ihrer Organisationen zu geben (9). Diese Aufschlüsse gibt die Kenntnis der Arbeiter-

8 Unsere Kritik richtet sich nicht gegen die wesentlichen Bestimmungen einer kommunistischen Organisation, wie sie von den Bolschewiki entsprechend den besonderen Umständen in Rußland realisiert wurden.

9 Diese Kritik falschen Bewußtseins im Proletariat bezüglich kommunistischer Politik ist möglich ohne den Rekurs auf die historischen Ursachen dieses Vorurteils. Agitation knüpft jedoch an den spezifischen Erfahrungen ihrer Adressaten an und ist damit auf besondere Varianten des Vorurteils, wie sie vorfindlich sind, und die Analyse der historischen Ursachen verwiesen. Deformationen des Arbeiterbewußtseins durch negative Erfahrungen mit revisionistischen oder reformistischen Organisationen zum Beispiel müssen

bewegung jedoch nur dann, wenn sie die Beziehung zur Bewegung des Kapitals herstellt. Die Fragestellungen, die eine kommunistische Organisation, die organisierte Tätigkeit im Proletariat entfaltet, an die Geschichte der Arbeiterbewegung herantragen kann, bestimmen sich aber immer aus den theoretischen Voraussetzungen, die zu erarbeiten die wesentliche Aufgabe der kommunistischen Intellektuellen bleibt. Die revolutionäre Theorie ist nicht, was Stalin behauptet, die Erfahrungen der Arbeiterbewegung in ihrer allgemeinen Form. Dies unterschlägt ihre Genesis aus der widersprüchlichen Bewegung des Kapitals selbst und unterstellt eine autonome Geschichte der Organisierung der Arbeiterklasse, bildet somit ein Fundament des Revisionismus in der Arbeiterbewegung, dessen falsche Praxis zunächst immer einer fehlerhaften Theorie geschuldet ist.

Auch die Rede von den „allgemeingültigen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus“ muß das Wesen der revolutionären Theorie verfehlen: Diese besteht nicht im Bereitstellen jederzeit abrufbarer strategischer Modelle, sondern wesentlichen der wissenschaftlichen Darstellung des allgemeinen Begriffs vom Kapital und der daraus folgenden Praxis. (Auf die Differenz zwischen der Kritik der Politischen Ökonomie und der Leninschen Theorie revolutionärer Politik sei hier nicht weiter eingegangen. Allein Lenins Insistieren auf deren Begründung aus der Marxschen Kapitalismusanalyse verbietet es, in Berufung auf Lenin einen „Leninismus“ als „schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus“ zu konstruieren.)

4. Die Arbeit an der revolutionären Theorie ist die Arbeitskonferenz(10) Die Arbeitskonferenz hat die Aufgabe, die Marxsche Analyse der bürgerlichen Gesellschaft fortzusetzen. Daß diese theoretische Tätigkeit, die sich auf die Oberfläche des Kapitals richtet und aus ihr die von der Konkurrenz bestimmten allgemeinen Formen des Bewußtseins klärt — also eine Voraussetzung für revolutionäre Praxis darstellt —, gegenwärtig *Hauptinhalt* kommunistischer Politik sein muß, ist Ausdruck des Mangels der kommunistischen Bewegung.

Der Nachvollzug des allgemeinen Kapitalbegriffs ist Gegenstand der Schulung in den Roten Zellen / AK. Doch hat Marx nicht umsonst im Aufbauplan die Bücher zur Konkurrenz, vom Staat und vom Weltmarkt vorgesehen; sie sollten die systematische Ableitung der Oberflächenbewegung aus dem Kapital im Allgemeinen darstellen - im „Kapital“ selbst werden diese Bereiche nur soweit behandelt, als sich ihre allgemeinen Charakteristika aus den ökonomischen Formbestimmungen erschließen lassen.

Daß das im „Kapital“ dargestellte Wissen zur Analyse der historischen Bewegung, aus der die Strategie sich ableiten soll, irgendwie nicht ausreicht, wird von allen

folglich in der Politik einer kommunistischen Organisation berücksichtigt werden, die die Arbeit im Proletariat aufgenommen hat.

10 Der Name AK steht hier für die inhaltliche Arbeit: als solche wird sie sich in die Analyse von Einzelphänomenen, mit denen wir im Betrieb und an der Hochschule konfrontiert werden, fortsetzen; als organisatorische Einrichtung der Roten Zellen/AK in München hat sie nur temporären Charakter.

Richtungen sozialistischer Politik festgestellt. In der Art und Weise, wie man sich jedoch anschickt, die Marxsche Theorie zu „ergänzen“ oder „schöpferisch weiterzuentwickeln“, zeigt sich meist, daß an Marx' „Kapital“ als Grundlage für die fällige theoretische Arbeit gar nicht festgehalten wird. Sowohl die Vervollständigung, die sich manche Gruppierungen vom Studium der Geschichte der Arbeiterbewegung erhoffen, als auch die äußerliche Verknüpfung von empirischen Daten mit Kategorien aus dem „Kapital“, die als „Realanalyse“ verkauft wird, beruht auf dem Unverständnis von Marx, das bisweilen sogar in den explizit ausgesprochenen Vorwurf mündet, die intensive Beschäftigung mit dem „Kapital“ sei lediglich Ausdruck von borniertem Intellektualismus, der sich den kämpferischen Aufgaben zu entziehen suche. Weil man in der praktischen Politik mit Marx nichts anzufangen weiß, verrät man ihn kurzerhand und verdünnt seine wissenschaftliche, deswegen revolutionäre Leistung zu einer Sammlung von sog. „allgemeinen Erfahrungen“. Noch in der gelegentlichen Zitatenklauberei aus den Schriften zur Kritik der Politischen Ökonomie wird deutlich, daß diese Leute das „Kapital“ gar nicht studiert haben und *deswegen* auch unserer theoretischen Arbeit feindlich gegenüberstehen. An den empirischen Umständen, unter denen sich heute die Klassenauseinandersetzungen abspielen, das „Wirken des inneren Bandes“ der bürgerlichen Gesellschaft durch wirkliche Analyse aufzuzeigen, wird von solchem allorts üblichen „Kommunismus“ nicht mehr als agitatorische Pflicht gewußt; es scheinen die allgemeinen Phrasen über Ausbeutung, Klassengesellschaft etc. als Kommentare zu allem und jedem zu genügen.

Aus dem Gang des „Kapital“ I-III geht ebenso wie aus expliziten Hinweisen von Marx hervor daß die Kategorien des „Kapital“ mit denen der „wirklichen Bewegung“ weder identisch sind, noch ihnen gleichgültig gegenüberstehen. Die Entwicklung im III. Band faßt er z. B. antizipierend in folgender Weise zusammen:

„Die Gestaltungen des Kapitals, wie wir sie in diesem Buch entwickeln, nähern sich also schrittweis der Form, worin sie auf der Oberfläche der Gesellschaft, in der Aktion der verschiedenen Kapitale aufeinander, der Konkurrenz, und im gewöhnlichen Bewußtsein der Produktionsagenten selbst auftreten“ (MEW 25/33V)

Die Darstellung der ökonomischen Kategorien erreicht erst mit dem Begriff der Revenuequellen die Formen die den Individuen in der kapitalistischen Gesellschaft als gegenständliche Voraussetzung ihres willentlichen Handelns gegenüber treten — und das bedeutet, daß sich ihnen die innere Struktur der bürgerlichen Gesellschaft verkehrt darstellt. Die Arbeit der AK besteht nun darin, an den Formen des bewußten Umgangs der Revenuequellenbesitzer aufzuzeigen, daß ihr Handeln tatsächlich ganz mit den in ihren Mitteln enthaltenen Zwängen zusammenfällt, sie also, trotz aller gegenteiligen „Erfahrungen“ (11) nur Charaktermasken der ökonomischen Kategorien „Kapital“ und „Arbeit“ sind. Dieser „Nachweis“ darf nun

11 Vgl. MEW 25/875

nicht so aufgefaßt werden, als ob die Richtigkeit des Kapitalbegriffs erst noch einer Bestätigung bedürfte: Marx gern in seiner Darstellung von der Ware als einfachstem *ökonomischem Konkretum* aus (12) und analysiert folgerichtig die aus ihm sich ergebenden Formbestimmungen der bürgerlichen Ökonomie. *Daß* die Konkurrenz der Subjekte „die reelle Entwicklung des Kapitals“ ist, wissen wir. Es kommt aber... gerade darauf an, aufzuweisen, *wie* sich die Gesetze des Kapitals in den verwandelten Formen der Oberfläche und in den Handlungen der Privatsubjekte durchsetzen. In der wissenschaftlichen Darstellung der Oberfläche des Kapitals liegt schließlich die Voraussetzung dafür, daß sich die verkehrten Erfahrungen der Arbeiterklasse in das Begreifen der Verhältnisse überführen lassen, denen sie unterworfen ist, die sie aber auch abzuschaffen die Macht besitzt (13).

Aus dem Verhältnis von Kapital im Allgemeinen und Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft folgt, daß die zweckbestimmten Handlungen der konkurrierenden Revenuequellenbesitzer von den sie regulierenden Gesetzmäßigkeiten ihrer Form nach verschieden und zugleich inhaltlich mit ihnen identisch sind. Dies ist auch die Erklärung für den Satz von Marx „Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt“ (MEW 13/9) Es ist weder eine ewige Wahrheit noch die Kurzfas-

12 Vgl. MEW 19/369

13 Genauso wie das offene Unterlassen dieser Analyse verkommen auch subtilere Varianten zur willkürlichen Anwendung Marxscher Kategorien, wo sie gerade Varianten für willkürlichen Anwendung Marxscher Kategorien, wo sie gerade passen. Aus der *vorgängigen* Absicht, mit Marx agitieren zu gehen, läßt solche Praxis Theorie zum Mittel verkommen. Soll kommunistische Politik wissenschaftlich begründet sein, so hat sich die Praxis einer kommunistischen Organisation aus dem Wissen um den Kapitalismus notwendig zu ergeben. Dazu ist die Analyse der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft unerlässlich. Es gibt einen „Königsweg“ zur Oberfläche (vgl. PROKLA 3, S. 3). Indem Altwater & Co. das leugnen und an die Stelle des beschwerlichen Wegs wissenschaftlicher Ableitung die „Realanalyse“ setzen, wird eine solche Variante der *Anwendung* Marxscher Theorie geständig. Diese „Klassenanalyse“ setzt an die Stelle der Theoriearbeit die willkürliche Handhabung Marxscher Resultate und gelangt dann zu den absurden Versuchen, empirische Verhältnisse, wie sie in der Aufzählung bloßen Datenmaterials gefaßt werden, durch äußerliche Kombination mit Kategorien der Kritik der Politischen Ökonomie als Analyse der wirklichen Verhältnisse auszugeben. Die Marxsche Analyse wird als *Mittel* begriffen, um Realität zu fassen, die aber *daneben* der „Realanalyse“ bedarf. So zeigt sich auch hier das Unverständnis solcher Vorgehensweise, die letztlich den subjektiven Akt des „Verbindens“ von „Realanalyse“ und Kapital im allgemeinen zeitigt und damit nicht begreift, daß die Phänomene der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft die Erschließungsnormen der immanenten Gesetze des Kapitals sind, die es zu dechiffrieren gilt. Die Flucht vor dieser sauren Arbeit des Geistes wird über das Subjekt angetreten: „... da jede nur auf Logik der Kategorie bezogene Untersuchung, die nicht an die politische Bedingtheit der forschenden Subjekte ‚rückgekoppelt‘ ist, sich der Endlosigkeit kategorialer Entfaltung aussetzt“ (PROKLA 3, S. 4), soll die Erklärung der Empirie aus dem Begriff des Kapitals unmöglich sein. Mit der „Rückkoppelung an die politische Bedingtheit des forschenden Subjekts“ werden hier also die vorfindlichen Wünsche kommunistischer Intellektueller zum Maßstab wissenschaftlicher Arbeit. Marx hat sich gegen diese Verfahrensweise klar genug ausgesprochen: „Einen Menschen aber, der die Wissenschaft nicht einem aus ihr selbst ..., sondern von außen, ihr fremden, äußerlichen Interessen entlehnten Standpunkt zu *akkomodieren* sucht, nenne ich *gemein*.“ (MEW 26,2/112)

sung einer „materialistischen Erkenntnistheorie“; er ist eine Einsicht in die kapitalistischen Verhältnisse und zugleich ihre Kritik. Er bringt die Unterwerfung der Menschen unter von ihnen selbst geschaffene Verhältnisse (*gesellschaftliches Sein*) zum Ausdruck!

Die Revenuequellenbesitzer treten sich mit ihrem Anspruch auf Bedürfnisbefriedigung gegenüber. Dabei sind ihnen die gesellschaftlichen Verhältnisse bereits vorausgesetzt; es gibt Geld, verschiedene „Produktionsfaktoren“, die Mittel zur Produktion des gesellschaftlichen Reichtums und zur Partizipation an diesem sind. Bei der „praktischen Bewältigung“ des Lebens existiert diese Voraussetzung als unveränderliche Grundlage, mit der man bei dem Bemühen um Erfüllung seiner individuellen Ansprüche zurechtzukommen hat. Die Realisierung der besonderen Zwecke erfordert dabei eine Bezugnahme der Revenuequellenbesitzer aufeinander; das Ziel liegt im Erhalt eines ständigen Einkommens zur Reproduktion. Die Art der Revenuequelle bestimmt der Bezug auf die anderen; keine der getrennt gegebenen Quellen kann ohne diesen Bezug als *Mittel* für die Reproduktion dienen! Die Form dieses Bezugs ist aufgrund des Warencharakters aller Elemente des Reichtums der Austausch.

Aus dem Wissen über diese Verhältnisse ergeben sich als Arbeitsgebiete der AK notwendig die Untersuchung der Bestimmungen des industriellen Kapitalisten und der Lohnarbeit in der Konkurrenz, wie sie sich im praktischen Verhalten zu ihrer Revenuequelle, somit aber auch in den allgemeinen Bewußtseinsformen ausdrücken.

a) Konkurrenz der industriellen Kapitale

Aus dem Zweck der individuellen Reproduktion und den Bestimmungen der Revenuequelle Kapital (Geld, das zum Zweck der Gewinnerzielung in die Elemente des Produktionsprozesses umgesetzt wird) leitet sich eine Systematik der Handlungen des industriellen Kapitalisten der Konkurrenz ab: in deren Abfolge schwindet die anfängliche Willkür, der seine Entscheidungen unterliegen, und löst sich auf in eine Unterwerfung unter die widersprüchlichen Bedingungen, mit denen er als Einkäufer, „Produzent“ und Verkäufer von Waren konfrontiert ist. In dieser Systematik der Konkurrenzhandlungen wird deren regulierendes Prinzip sichtbar: Obwohl es freie Entscheidungen des Kapitalisten sind, fallen sie wesentlich mit der Durchsetzung dessen zusammen, was der allgemeine Begriff des Kapitals fordert: Der Kapitalist erweist sich als Charaktermaske, seine einzelnen Entscheidungen sind bloßer Ausdruck allgemeiner Gesetzmäßigkeiten (14).

14 In dieser Analyse, die vor allem für die Beurteilung von Maßnahmen in Betrieben relevant wird, mit denen die Arbeiter konfrontiert sind, zeigt sich auch der Unsinn von Interpretationen, die manche Organisationen den Handlungen von Kapitalisten zuteil werden lassen: Statt deren Notwendigkeit darzustellen, entschärfen sie die kapitalistischen Zwangsverhältnisse, die die Arbeiter über die Entscheidungen der Bourgeoisie vermittelt erfahren, zu einer Folge monopolherrlicher Bösartigkeit.

b) Konkurrenz der Lohnarbeiter

Den Zweck der individuellen Reproduktion verfolgt der Arbeiter durch den Verkauf seiner Arbeit" an den Kapitalisten und durch ihre Ableistung unter dessen Kommando. Die Handhabung seiner Revenuequelle „Arbeit" gerät dabei in Widerspruch zum Reproduktionszweck, was zur Entwicklung der Formen des Konkurrenzhandelns der Arbeiter führt: Die Arbeit, die seiner Reproduktion dienen soll, richtet ihn zugrunde; der Lohn, den er erhält, reicht nicht aus, um ihn als arbeitsfähiges Individuum zu erhalten etc. Daraus ergeben sich einerseits die Versuche, sich im Vergleich mit anderen Arbeitern bessere Verkaufs- und Arbeitsbedingungen zu sichern (15) — „Die Uneinigkeit der Arbeiter wird erzeugt und erhalten durch ihre *unvermeidliche Konkurrenz* untereinander" (MEW 16/196). — Andererseits führt die Wahrnehmung solcher Schranken der Konkurrenz zur Bildung von Koalitionen und darüber hinaus zur bewußten gemeinschaftlichen Aktion gegen das Kapital. In der Analyse der Konkurrenzhandlungen der Arbeiter zerbricht der Schein ihrer Freiheit: Sie ist formell zwar vorhanden, besteht aber letztlich nur darin, daß sich der Arbeiter als bloße *Arbeitskraft* erhalten muß und in diesem Bemühen nur die Verhältnisse reproduziert, in denen er Ausbeutungsobjekt des Kapitals ist (16).

c) Staat

Der Konkurrenz entspringt die Konstitution des allgemeinen Willens, der im bürgerlichen Staat realisiert wird: die formelle Selbständigkeit des Staates als neben der wirklichen Gesellschaft agierendem Subjekt ist in der Konkretion seiner Tätigkeit zu untersuchen. Das Handeln des Staates wird sich dann als notwendige Konsequenz der Verhältnisse erweisen, denen der Staat seine Existenz verdankt. Die Trennung des Staats von der Gesellschaft verweist in den Bestimmungen seiner Aktionen auf seine Unterordnung unter das Kapital; er ist die dem Kapital adäquate Zusammenfassung der Gesellschaft, in der ein wirklich allgemeines Interesse nicht existiert, und vermittelt die Reproduktion der Klassengesellschaft, ohne selbst *unmittelbar* ein Klasseninteresse zu repräsentieren.

- 15 Diese Konkurrenz erscheint im unmittelbaren Produktionsprozeß an den Lohnformen (Akkord etc.), am Verkauf der „Arbeit", im Kampf um den Arbeitsplatz, als Bemühen, sich durch Konditionierung in Ausbildungsprozessen Vorteile zu verschaffen, und in anderen Formen.
- 16 Dieser Teil der Theorie liefert die wichtigste Grundlage für eine Betriebsagitation, welche auf die Überwindung des unmittelbaren Bezugs auf die vorfindlichen Bedingungen des Reproduktionsprozesses abzielt und den Arbeitern die Realisierung von Kämpfen gegen das *Lohnarbeitsverhältnis überhaupt* als Perspektive erkennen läßt.

II.

1. Das Proletariat produziert das Kapital selbst: darauf beruht seine Abhängigkeit vom Kapital ebenso wie seine Macht, es abzuschaffen. Die Verhältnisse die die proletarische Revolution notwendig machen, sind also zugleich solche, in denen die Arbeiterklasse ihre Macht noch nicht erkannt und realisiert hat. Wenn proletarische Existenz mit revolutionärer Tätigkeit unmittelbar zusammenfielen, wären alle Bemühungen kommunistischer Politik überflüssig (1). Die falsche Identifizierung von proletarischer Existenz mit revolutionärer Tätigkeit liegt jegliche Verherrlichung des Proletariats zugrunde, die dessen empirische Existenz- und Bewußtseinsformen für etwas Positives hält und mit ihnen die Verhältnisse, in denen es Objekt kapitalistischer Ausbeutung ist, affirmiert.

Die von Marx aufgezeigte Trennung von Wissenschaft und Produktion im Kapitalismus und deren für kommunistische Politik bestimmende Konsequenz: die *außerhalb* des Proletariats sich vollziehende Entstehung des wissenschaftlichen Sozialismus als Überwindung der Schranke bürgerlicher Erkenntnis charakterisiert die Aufgabe kommunistischer Politik: Die Aufhebung des Widerspruchs, daß das Wissen über den Kapitalismus getrennt vom Proletariat existiert, kann nur darin liegen, daß es dieses Wissen und damit seine eigene Stellung zum Kapital zur Grundlage seines Handelns macht. Es muß sich das Wissen erwerben.

Aus der abgelösten Existenz des wissenschaftlichen Sozialismus folgt die Notwendigkeit, seine Vermittlung an das Proletariat zu leisten. Wer als kommunistischer Intellektueller, und das heißt immer, mit dem Wissen über den Kapitalismus ausgestattet, die Vermittlung seiner Einsichten an das Proletariat vollziehen will, ist nicht herablassender „Pädagoge“, er zieht nur die Konsequenzen aus seinen Einsichten. Daß dies kein Gängeln des Proletariats bedeutet, geht daraus hervor, daß die Arbeiter in solchem Versuch als Subjekte unterstellt sind, die der Einsicht in ihre objektive Lage — und das nennt Engels „Klassenbewußtsein“ — fähig sind, und daß sie es sind, die sich Wissen aneignen (2).

Der Verzicht auf den wissenschaftlichen Sozialismus ist es auch, der die maten Bündnisthesen hervorbringt, denen zufolge die höchste Leistung der sich mit ihrer durchaus realen Ohnmacht bescheidenden Intellektuellen darin besteht, für

1 Alle „Theorien“, die auf die Spontaneität der Arbeiterklasse vertrauen, wissen davon nichts. Dies gilt auch für die Gruppe Rote Fahne (KPD), die sich deklamatorisch scharf gegen die Anbetung der Spontaneität in sozialistischer Politik wendet, da daraus das Unvermögen resultiere, die organisatorischen Aufgaben der Arbeiterbewegung zu lösen. Hinter dieser Hochhaltung des organisatorischen Prinzips lauert jedoch, wenn es als „Verbindung der Aktivität der Kader mit der Aktivität der Massen“ formuliert wird, der heimliche Spontaneismus dieser Gruppe selbst: Aus der Annahme der „Aktivität der Massen“ als *gesondertem* Kriterium für kommunistische Politik geht ein seltsames Vertrauen auf die Richtigkeit der gegebenen Aktionen des Proletariats hervor; das Gutheißen von Aktivitäten, deren einzige Qualität darin gesehen wird, daß die „Massen“ sie tragen, offenbart Verzicht, die eigene Politik wissenschaftlich zu begründen.

2 Die Kritik an Intellektuellen, die sich in ihrer politischen Praxis auf Arbeiter beziehen, kann also nie darauf gehen, daß sie es tun; allein auf die *Richtigkeit* ihrer Theorie kommt es an.

den ausgebeuteten Arbeiter Sympathien zu hegen, nicht aber sich anzustrengen, den Weg, den das Proletariat gehen muß, abzukürzen (3).

Die Vermittlungstätigkeit setzt an den vorfindlichen einzelnen Begebenheiten, an den Bewußtseinsformen, wie sie empirisch existieren, an. Sie erklärt sie als notwendige Durchsetzungsformen der allgemeinen Gesetze des Kapitals und destruiert in diesem Nachweis das falsche Bewußtsein, das den im Kapitalismus Handelnden aufgeherrscht ist.

Voraussetzung ist die vollzogene Erarbeitung der Bewegungsgesetze des Kapitals im Allgemeinen und der Formen der Oberfläche, aus deren Kenntnis allein die jeweilige empirische Einzelsituation als in den objektiven Verhältnissen gründend nachgewiesen werden kann. Nur so ist eine äußerliche Konfrontation der gesellschaftlichen Realität mit „Problemen“ kommunistischer Politik ausgeschlossen.

2. Wenn Marx den Begriff des Proletariats als vom Kapital bestimmten Verkauf und ihm unterworfenen Verausgabung der Ware Arbeitskraft darstellt, sind es auch, die empirischen Phänomene der Lohnarbeit, des unmittelbaren Produktionsprozesses, die den zentralen Gegenstand der Agitation der Arbeiter ausmachen. Die Vermittlungstätigkeit hat so an der tagtäglichen Praxis des Proletariats anzusetzen. Was es aus den Inhalten der Agitation erfährt, ist das Wissen über *seine* Stellung im Kapitalismus. Ihm wird seine eigene Bestimmung wissenschaftlich erklärt. Das, was im Begriff des „ökonomischen Kampfes“ der Arbeiterklasse enthalten ist, setzt zwar die partielle Aufhebung der Konkurrenz der Arbeiter als Resultat der vom Kapital gesetzten Beschränkungen und damit die *Möglichkeit* einer Überwindung der vorgefundenen Verhältnisse voraus. Im ökonomischen Kampf als verändertem Umgang mit dem Mittel ihrer Reproduktion, der Ware Arbeitskraft, überwinden die Arbeiter jedoch nicht die vorgesehenen Formen denn die Revenuequelle wird als vorausgesetzte anerkannt. Das bedeutet eine Orientierung des Verhaltens der Arbeiter an der „Rationalität der Revenuequelle selbst, die sich im Lohnkampf daran zeigt, daß er

In der scheinbaren Relativierung unserer Tätigkeit, die mit der Marxschen Formel vom „Abkürzen des Wegs des Proletariats“ ausgedrückt wird, ist keine Zurücknahme unserer grundsätzlichen Aussage zur Charakterisierung kommunistischer Politik zu sehen: Die Notwendigkeit der Erarbeitung des wissenschaftlichen Sozialismus schließt für kommunistische Intellektuelle eine Verpflichtung ein, so intensiv wie möglich theoretisch zu arbeiten, ohne dabei jedoch aus den Augen zu verlieren, daß die Aktion des Proletariats, nicht die theoretische Arbeit von Intellektuellen den Kapitalismus beseitigt. Gerade *der* Intellektuelle, der die Notwendigkeit von Wissenschaft für das Proletariat eingesehen hat, weiß auch, daß die Theorie nicht die materielle Gewalt darstellt, die das Kapitalverhältnis aus den Angeln hebt. Wenn wir also gegen andere Intellektuellenorganisationen polemisieren, dann deswegen, weil sie nicht einmal die beschränkte Funktion wahrnehmen, die Intellektuellen in der revolutionären Bewegung zukommt. An Intellektuelle stellt sich die Forderung, ihre Möglichkeiten für die proletarische Revolution wahrzunehmen, ohne dabei in den Wahn zu verfallen, zum Demiurgen der Weltgeschichte werden zu können. Noch jeder theorie-treibende Zirkel, der am Proletariat als dem revolutionären Subjekt festhält, unterstellt, daß prinzipiell die Arbeiter fähig sind, selbst ihre eigene Lage zu begreifen.

zunächst Kampf um Erhalt oder Erhöhung des Nutzens ist, der aus der Revenuequelle zu ziehen ist.

Dieser affirmative Bezug auf die vorausgesetzten Verhältnisse wird auch deutlich an der Beziehung der Arbeiter auf den Staat, Aus ihrer Forderung nach Aufrechterhaltung der Bedingungen des Warentausches machen sie ihn verantwortlich, wenn z. B. sozialpolitische Maßnahmen den Gebrauch ihrer Revenuequelle nicht gewährleisten. Daß sie dem Schein des Staates als neutraler Instanz aufsitzen, erweist sich auch in Krisenzeiten, wo sie den Staat zum Adressaten ihrer Forderungen nach gesichertem Einkommen machen und ihm bei Nichterfüllung die Verantwortung der Krisensituation anlasten. Die Arbeiter beziehen sich dann in unveränderter Form auf den Staat, auch wenn der Inhalt ihrer Ansprüche den Schein erweckt, als würden die immanenten Bedingungen der kapitalistischen Verhältnisse überschritten.

So erweist sich, daß dieses Handeln nur als Ausschöpfen der im Rahmen des Kapitalismus selbst angelegten Möglichkeiten gekennzeichnet werden kann. Allein Agitation, die es aus den Bestimmungen des Kapitals erklärt, ermöglicht die Auflösung seiner Fixierung und damit den Übergang eines affirmativen Bezugs auf die vorgefundenen Bedingungen zu einem Kampf, der über die kapitalistischen Verhältnisse hinausweist.

In der Behandlung, die das Problem des Verhältnisses von ökonomischem und politischem Kampf allgemein erfährt, Hegt die Zurücknahme der Aussage, daß der Produktion in kommunistischer Politik die zentrale Stellung zukommt. Solche Politik setzt zwar im Bereich der unmittelbaren Produktion an, geht jedoch in einen Bereich über, in dem der bürgerliche Staat handelt. Die akzeptierte Trennung des „ökonomischen“ vom „politischen“ Kampf und ihre Einrichtung; als zwei Abteilungen kommunistischer Politik leitet sich dabei her aus einer Fixierung auf die vorfindlichen Sphären der Produktion und des „politischen Lebens“ und macht die mangelnde Einsicht in den Charakter des bürgerlichen Staates als Produkt des Kapitalverhältnisses deutlich. Ist der Kampf des Proletariats einer, der das *Kapital*verhältnis abschaffen soll, so kann das nur heißen, daß er aus der Beschränkung herausgeführt werden muß, die ihm anhaftet, solange er sich auf bloße Modifikationen des ökonomischen oder politischen Bereichs richtet. Aus dem Charakter des Staates als gewaltsamer Klammer der antagonistischen Produktionsverhältnisse folgt freilich, daß sich der Kampf *auch* gegen ihn richtet. Nicht aber dadurch wird er zum politischen Kampf!

Die organisatorische Form des affirmativen Verhaltens zur Revenuequelle Arbeit, die selbst aus dem Kapitalismus erwächst und als Überwindung der Konkurrenz unter den Arbeitern über ihn hinausweist, sind die Gewerkschaften. Sie sind notwendige Konsequenz des im Kapitalismus liegenden Zwangs zur Senkung des Preises der Ware Arbeitskraft unter ihren Wert und zum Kampf gegen die Destruktion der Arbeitskraft im unmittelbaren Produktionsprozeß. Daraus folgt die Stellung, die Kommunisten in ihrer Agitation zum Handeln der Gewerkschaften einnehmen. Sie anerkennen sie als für die Reproduktion der Arbeiter notwendige Form der Koali-

tion, die in ihren Kämpfen um die Erhaltung der Arbeitskraft die Schranken ihrer im Rahmen des Lohnarbeitsverhältnisses verbleibenden Praxis kenntlich werden läßt. Das schließt die Kritik an ihnen aus, sie sollten sich wie eine kommunistische Partei verhalten. Die Gewerkschaften für *die* Organisation der Klasse zu halten, ist eine Täuschung, der viele Gruppen aufsitzen (4). Die Gewerkschaften überwinden

- 4) Trotz der Beteuerung, den „Kampf um die Gewerkschaften“ als begrenzten erkannt zu haben, wird in den Aussagen z. B. des KBW deutlich, daß der Charakter der Gewerkschaften als kapitalistisch immanenter nicht begriffen ist. Aus der Bestimmung der Gewerkschaften als „elementare Organisation der Arbeiterklasse“ folgt für ihn, daß diese Organisationsform bereits den adäquaten Kampf gegen den Kapitalismus gewährleistet: Das Problem bestehe eigentlich nur darin, die reformistische Arbeiteraristokratie zu vertreiben. Die Politik des KBW in den Gewerkschaften als Einsatz für die materiellen Interessen der Arbeiter soll einerseits ihn als besseren Vertreter der Interessen qualifizieren, andererseits die Gewerkschaften in ihrer „ursprünglichen“, rein positiv verstandenen Qualität wiederherstellen.

Die Übernahme des RGO-Konzepts durch die Gruppe Rote Fahne (KPD) - allein begründet aus der „Erfahrung der Geschichte der Arbeiterbewegung“ - erhellt den theoretischen Mangel, dem diese Gruppe auch in ihrer Bestimmung von Gewerkschaftspolitik unterliegt: Die Mängel, gegen die die RGO antreten will, werden festgemacht an der „Verkommenheit“ des Gewerkschaftsapparates. Daraus legitimiert sie einen Kampf gegen die Gewerkschafts*führung*- und richtet ihre, Politik damit nach deren Handeln. nicht aber nach der Kenntnis des, objektiven Charakters jeglicher Gewerkschaftspolitik. Kommunistische Politik bleibt so auf einer dem Kapitalismus immanenten Ebene und stellt sich lediglich auf den Standpunkt einer „ordentlichen Gewerkschaft“, die darüber hinaus systemtranszendierende Forderungen aufstellen und durchsetzen soll. Diese neue Funktion der Gewerkschaften bedeutet aber nichts anderes, als ihr die Aufgaben der Partei des Proletariats zuzuweisen!

Mit dem Anspruch, die Gewerkschaft aus der Analyse der Politischen Ökonomie zu bestimmen, treten Autoren der PROKLA II gegen andere linke Gruppen an. Sie finden eine doppelte Bestimmung der Gewerkschaften, einmal als Organisation des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital, damit als Organisation des Widerstands der Arbeiterklasse, zu anderen (!) als integrierter Bestandteil des Lohnsystems, weil sie Erscheinungsformen der Oberfläche verfallen seien. Ihre doppelte Aufgabe - *innerhalb* der kapitalistischen Gesellschaft und *neben* ihr - erfüllen die Gewerkschaften solange nebeneinander, bis ihre reformistische Verfestigung durch die historische Entwicklung der Klassenkämpfe aufgehoben wird, so daß die „Gewerkschaften so wieder (!) zu Klassenkampforganisationen des Proletariats werden“ (S. 92). Was sich als Analyse der Gewerkschaften ausgibt, enthält sich als Konfrontation allgemeiner Kategorien der Politischen Ökonomie mit den Durchsetzungsformen an der Oberfläche. Die weitere Reduktion dieser Bestimmungen auf den Gegensatz von unmittelbarem Produktionsprozeß („tägliche Erfahrung der Ausbeutung“) und der abgehobenen Ebene der Arbeiterfunktionäre, die ausgerechnet deswegen dem Schein der Konkurrenz verfallen sein sollen, weil sie „nicht unmittelbar dem Kapitalverhältnis unterworfen sind“, charakterisiert die Autoren als nicht minder den Erscheinungen der Oberfläche verhaftet als jene, die sie kritisieren.

Nur aus einem Verzicht auf die Analyse der Gewerkschaft läßt sich erklären, daß die DKP sie als eine Organisation bestimmt, deren Handeln als Teil kommunistischer Politik zu begreifen sei. Es reicht der DKP aus, daß die Gewerkschaft eine Organisation der *Arbeiterklasse* ist, um sie als kapitaltranszendierend zu verstehen und die Inhalte ihres Handelns identisch zu setzen mit den Inhalten, die eine kommunistische Organisation durchzusetzen versucht. Diese Anpassung der DKP an die gegebenen kapitalistischen Verhältnisse findet ihren konsequenten Ausdruck in der Zielsetzung der Gewerkschaftsarbeit: „konkrete, aktuelle, der Masse der Arbeiter und Angestellten verständliche Forde-

zwar die Vereinzelung des Arbeiters, der über den Lohnvertrag mit dem Kapitalisten seine Reproduktion sichern will und erfährt, daß er sich in allen Verbesserungen des Lohnvertrags nur neue Beschränkungen einhandelt. Sie sind das Resultat der im Lohnarbeitsverhältnis enthaltenen Widersprüche, kämpfen als Gewerkschaften um die Beseitigung ihrer Auswirkungen, ohne jedoch das Lohnarbeitsverhältnis selber anzugreifen.

Ist die Einsicht in den beschränkten Charakter der Gewerkschaften bei jeder Arbeiterklasse vorhanden, so verhält sie sich nicht feindlich gegenüber den Gewerkschaften, sondern bedient sich ihrer bewußt als Mittel, mit dem die immanenten Möglichkeiten der Reproduktionsbedingungen der Arbeiter auszuschöpfen sind. Wenn sich kommunistische Agitation mit dem Verhalten der Gewerkschaften befaßt, kann sie also das Teilziel verfolgen, durch die richtige Darstellung der anstehenden Probleme die Arbeiter dazu zu veranlassen, über die Gewerkschaften eine für kommunistische Politik in den Betrieben vorteilhaftere Gewerkschaftspolitik durchzusetzen.

Agitation ist nicht Affirmation des vorgefundenen Bewußtseins der Arbeiter, sondern gerade dessen Veränderung: sie muß sich aus wissenschaftlicher Einsicht ableiten, nicht aus dem Zuspruch, den sie bei den Massen findet. Proletarisierung der kommunistischen Organisation kann deshalb nur heißen, daß ihr möglichst *viele Arbeiter* angehören, *die ihre objektive Lage begriffen haben*. „Darum muß unser Augenmerk *vornehmlich* darauf gerichtet sein, die Arbeiter auf das Niveau von Revolutionären zu *heben*, keineswegs aber darauf, sich selbst unbedingt auf das Niveau der ‚Arbeitermasse‘ hinabzugeben“ (Lenin, AW 1/258).

In der Vernachlässigung dieser wesentlichen Einsicht wird von anderen Gruppen das Argument der Quantität der zur Organisation gehörenden Arbeiter gegen dasjenige der Qualität ihres Bewußtseins ausgespielt. Die Einsicht, die dem Arbeiter an einem Moment der Agitation erwächst, ist aber noch nicht die Erkenntnis der Totalität der kapitalistischen Verhältnisse. Agitation zieht daher Ausbildung innerhalb der Organisation nach sich, damit der Arbeiter selbst am Vermittlungsprozeß und an der Durchführung von Aktionen bestimmend mitwirken kann.

3. Aus dem Charakter kommunistischer Politik folgen Aussagen über die Organisationsform, in der sie sich vollzieht: Das, was die Mitglieder zusammenschließt, ist das gemeinsame Wissen über den Kapitalismus und der *daraus* resultierende Wille, die in jenem selbst angelegte Aufhebbarkeit zu verwirklichen. Grundet sich so die Identität der Organisation auf ein gemeinsames *Wissen*, so folgt, daß jedes Mitglied über die Kenntnisse verfügt, die die Grundlage des Handelns der Organisation darstellen. Das setzt einen Prozeß der Ausbildung voraus, der als objektiver Bestandteil der Organisation die Forderung an *jedes* Mitglied stellt, im Erwerb des Wissens und der Einsicht in den daraus folgenden Zweck seine Privatinteressen als kapitalistische zu reflektieren und nicht mehr als Zweck seines Handelns gelten zu lassen, denn der kommunistischen Organisation geht es nicht um die Zusammenfas-

ungen aufstellen und für ihre Verwirklichung konsequent eintreten“ (Thesen des Düsseldorfer Parteitag der DKP, S. 43).

sung und Durchsetzung partikularer Interessen in der bürgerlichen Gesellschaft, sondern um den Kampf gegen sie als ganze. Konsequenz ist, daß sich die Mitglieder nur nach dem Grad ihres Wissens und den ihrer eweiligen Besonderheit entspringenden Mängeln bzw. Fähigkeiten unterscheiden, ferner durch das Maß an politischer Erfahrung, nicht aber durch Klassenherkunft oder Interessensfraktionen (5). Mitglied der kommunistischen Organisation zu sein, ist Ergebnis einer Einsicht, die in einem mühsamen Prozeß der Bewußtwerdung gewonnen wurde. Keine kommunistische Organisation kann also Massenorganisation sein. Sie ist eine Kaderorganisation oder keine kommunistische Organisation (6)!

Aus der Erkenntnis der kapitalistischen Verhältnisse ergibt sich der *Zweck*, den es zu verwirklichen gilt: die Abschaffung dieser Gesellschaftsform. Als widersprüchliche erkannt, ist sie dem Veränderungswillen des Erkennenden unterworfen. Konsequenz ist die Forderung der kommunistischen Organisation an sich selbst, diesen Zweck zu realisieren.

Der Schritt der Realisierung verlangt von den Mitgliedern, daß sie den erkannten Zweck zu ihrem eigenen machen und in der praktischen Tätigkeit die Kriterien ihres Handelns aus dem Wissen nehmen, nicht aus ihren partikularen Zwecken. So zeichnen sich die Mitglieder komplementär zu ihrem Wissen durch Disziplin aus (7). Der Anspruch, den die Organisation formell an sie stellt, fällt mit dem zusammen, was sie aus ihrem Wissen sich selbst abverlangen müssen. Daß dies als formelle Absicherung geschieht, entspringt dem berechtigten Mißtrauen gegenüber der Partikularität, die bürgerliche Individuen wider besseres Wissen festzuhalten bemüht sind (8).

- 5 vgl. Lenin: „Die Organisation der Revolutionäre . . . muß vor allem und hauptsächlich Leute erfassen, deren Beruf die revolutionäre Tätigkeit ist. . . Hinter dieses *allgemeine Merkmal* der Mitglieder einer solchen Organisation muß jeder Unterschied zwischen Arbeitern und Intellektuellen, von den beruflichen Unterschieden der einen wie der anderen ganz zu schweigen, völlig zurücktreten.“ (Lenin, AW 1/241)
- 6 Würde man innerhalb der kommunistischen Organisation den Gegensatz von Kader und Massen anerkennen, so hieße das, ganze und halbe Kommunisten zu schaffen.
- 7 Diese Anforderungen gelten für alle kommunistischen Organisationsformen. Willkür wäre es, erst mit dem Bestehen der Partei von den Mitgliedern Disziplin zu verlangen. Diese Trennung impliziert, daß sich mit der Gründung der Partei ein qualitativ neuer Schritt vollziehe. Die Partei ist aber nur Resultat einer Arbeit, in der sich die Organisation herausbildet und ihre Stabilität schon gewonnen hat. Eine kommunistische Organisation wird also immer an ihre Mitglieder Anforderungen stellen, die sich aus dem Wissen begründen und seine Realisierung gewährleisten.
- 8 Der Vorwurf, eine kommunistische Organisation nehme durch ihre Forderungen das einzige Mitglied nicht als dieses einzelne ernst, nimmt implizit zurück, daß sich die Organisation auf ein Wissen gründet, in dem auch Kenntnisse über das bürgerliche Subjekt eingeschlossen sind. Formuliert die Organisation die aus diesem Wissen folgenden Konsequenzen als Forderungen, so spricht sie nur die Konsequenzen des politischen Subjekts selbst aus. Mit den Problemen, die seiner Partikularität geschuldet sind, hat es in einer Weise umzugehen, die sie als bloße *Voraussetzung* in der Realisierung des gewußten Zwecks gelten läßt. Rücksichtnahme kann in einer kommunistischen Organisation nicht darin bestehen, die bürgerliche Partikularität zum Inhalt ihrer Tätigkeit zu machen, sondern nur darin, daß dem einzelnen durch Argumente, die aus dem gemeinsamen

Der Parteaufbau — und das heißt nichts anderes als der Aufbau einer kommunistischen Organisation im nationalen Rahmen— fordert als seine Voraussetzung das allgemeine Wissen über das, was eine kommunistische Organisation ausmacht. Daraus lassen sich die Schritte ableiten, die in der jeweiligen historischen Situation adäquat sind, um den praktischen Vollzug des Wissens zu leisten. Dieser Prozeß, der stets in Bezug auf den jeweiligen Stand der Auseinandersetzung von Lohnarbeit und Kapital stattfindet, verbietet Versuche, die außerhalb jeder historischen Konkrektion Modelle des Parteaufbaus aus der Geschichte der Arbeiterbewegung auf die heutige Situation übertragen oder in einem voluntaristischen Akt die Partei zu gründen vorgeben. Erst auf einem bestimmten Stand der Theoriebildung ist es möglich, kontinuierlich in den Betrieben zu arbeiten.

Der Zwang zum Handeln muß sich also prinzipiell aus unserem Wissen ergeben.. Allein aus ihm werden die Ereignisse als relevant erkannt und *deshalb* hat die Organisation darauf zu reagieren. So ist ausgeschlossen, jede sich verändernde historische Situation als Entfaltung der Klassenkämpfe auszugeben und sich von empirischen Phänomenen das Handeln diktieren zu lassen, ohne sie beurteilen zu können. Anlaß zum Handeln kann Kommunisten nur eine solche historische Veränderung sein, die sie analysiert haben als *wesentlich* in der Auseinandersetzung von Lohnarbeit und Kapital. Damit löst sich kommunistische Politik vom Ausgeliefertsein, vom bloßen Reagieren auf alles und jedes.

Das ist der Grund, warum die Roten Zellen/AK rief nicht in den allgemein verbreiteten Taumel des Parteaufbaus hineinstürzen (9), sondern die zur Zeit dringlichste Aufgabe leisten, die Voraussetzungen praktischer Tätigkeit im Proletariat zu schaffen. In dieser Tätigkeit ist die AK Kritik an jenen Gruppen, die aus mangelnder Analyse der allgemeinen Grundlagen und der historischen Situation in den Wahn verfallen, die Partei des Proletariats aus dem Boden stampfen zu können. Soll die Namensgebung „Partei“ nicht zum bloßen Taufakt verkommen, muß es einer kommunistischen Organisation gelungen sein, die Vermittlung des erarbeiteten Wissens im Proletariat zu leisten und Teile der Arbeiterklasse im nationalen Maßstab zu organisieren (10). Die Richtigkeit der Politik dieser Partei ist Voraussetzung dafür, daß ihre quantitative Zunahme auch ihre Stärkung bedeutet.

Wissen geschöpft sind, die Notwendigkeit einsichtig gemacht wird, die Anforderungen für sich durchzusetzen.

- 9 Der Hinweis darauf, wir würden uns also drücken, läßt uns angesichts der Theorie und Praxis von DKP, Gruppe Rote Fahne (KPD) und KBW etc. ebenso kalt wie die Beschimpfung, wir würden uns elitär zur Arbeiterklasse verhalten: Wir belästigen die Arbeiter nicht tagtäglich mit falschen Phrasen.
- 10 Der Begriff der kommunistischen Partei enthält in sich den Widerspruch, daß die Form der Partei der Sphäre bürgerlicher Politik entnommen ist, in der konkurrierende Parteien eine jeweils bestimmte Alternative der Verfolgung des Allgemeinwohls - was zusammenfällt mit der Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft - den Staatsbürgern anbieten, wohingegen eine kommunistische Organisation ihrem Inhalt und ihrer Organisation nach deren Negation darstellt. Dies wußte Lenin, als er von einer „Partei neuen Typs“ sprach. Das Festhalten am *Namen* „Partei“ erklärt sich nur aus der Tradition der

III.

1. Für die Arbeit an der revolutionären Theorie, die gegenwärtig in der Arbeitskonferenz geleistet wird, wie tur die Vermittlung des wissenschaftlichen Sozialismus an das Proletariat bedarf es einer möglichst großen Anzahl ausgebildeter Individuen-Prinzipiell lassen sich diese aus allen Teilen der Gesellschaft rekrutieren — sind doch alle ihre Mitglieder Menschen, die tagtäglich ihren verstand gebrauchen. Wissenschaftlicher Sozialismus ist aber nicht einfach die Tätigkeit des „gesunden Menschenverstandes“, er ist zunächst einmal *Wissenschaft* (dieses Wissen hat den Zweck des Handelns kommunistischer Politik zu bestimmen). Wir richten deshalb unsere Agitation auf Individuen, deren spezifische Stellung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft die Voraussetzungen enthält, an der wissenschaftlichen Erarbeitung der revolutionären Theorie mitzuwirken.

Diese finden sich in einer vom Kapital erzeugten Sphäre von Wissenschaft und Ausbildung. Als von der materiellen Produktion getrennter Bereich existiert die Wissenschaft in einer Form, die dem Verwertungszweck der kapitalistischen Produktion adäquat ist. Durch die Bezugnahme auf Wissenschaft dokumentiert der Reproduktionsprozeß der Gesellschaft, daß ihre Mitglieder mit den Gegenständen ihrer Tätigkeit als *erkannten* umzugehen haben.

Träger dieser Wissenschaft ist die Intelligenz, die in ihrer von der materiellen Produktion getrennten gesellschaftlichen Tätigkeit den kapitalistischen Zweck erfüllt und, im Gegensatz zum Proletariat steht. Dennoch bringt sie *Voraussetzungen* mit, aufgrund derer sie relevante Funktionen für kommunistische Politik erfüllen kann. Deshalb agitieren wir Intellektuelle.

Die Sphäre geistiger Produktion im Kapitalismus erhält an der Oberfläche der Gesellschaft ihren Ausdruck in der Existenz einer Unzahl unterschiedener intelligenter Berufe. Das Charakteristikum all dieser Berufe liegt darin, daß sie mit Wissenschaft (und ihrer Anwendung) befaßt sind (1). Ihre Form als Lohnarbeit hingegen unterscheidet sie nicht von allen anderen Tätigkeiten — sie weist höchstens darauf hin, daß sie notwendige Funktionen für die Reproduktion des Kapitals, gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten, darstellen.

Als Berufe sind sie zugleich das Mittel, mit dem sich Individuen reproduzieren: Dies gibt — noch ohne eine detaillierte Untersuchung der einzelnen Berufe — einen Hinweis darauf, daß ein Freiraum zur beliebigen Umfunktionierung der betreffenden Tätigkeiten in antikapitalistische Praxis nicht besteht.

Weder läßt sich aus der Nähe zur unmittelbaren Produktion mit einem gedanklichen Salto mortale ein Teil der Intelligenz zum revolutionären Subjekt qua

1 Nicht von ungefähr bezeichnet „Intelligenz“ nicht nur die geistigen Fähigkeiten des Menschen, sondern auch die Gesamtheit der geistigen Arbeit im Kapitalismus. In ihren Tätigkeiten konzentriert sich das Wissen der Gesellschaft im Unterschied zu den in der Hierarchie der Arbeiten unten stehenden Berufen der Handarbeit.

Fähigkeit hochstilisieren (2). noch ist der Inhalt dieser Berufe, geistige Produktion, die Gewähr für revolutionäre Bewußtseinsbildung und optimale politische Möglichkeiten (3). Die spezifisch geistige Fähigkeit in dem jeweiligen Beruf stellt mit der Grundlage für die Reproduktion des Intellektuellen zugleich eine notwendige Funktion für die *bestehende* Gesellschaft dar.

Versucht ein Individuum *in* seinem Beruf dessen Funktion zu negieren, läuft es folgerichtig Gefahr, seine Reproduktionsbasis zu verüben (4).

Geht die Frage nach der notwendigen Agitation von Intellektuellen für die anstehenden Aufgaben der kommunistischen Bewegung nicht davon aus, Berufsper-

Erinnert sei an eine bestimmte Phase in der Studentenbewegung, als diese „Einsicht“ politisch aktive Studenten mit linkem Einschlag, die zufällig technische Berufe anstreben, aufjauchzen ließ, was angesichts des Marxschen Diktums: „Produktiver Arbeiter zu sein, ist kein Glück, sondern ein Pech.“ (MEW 23/532) verwundern muß. Der zeitweilige spontane run die Betriebe als technische Intelligenz oder sogar als Werkstudent auf lange Zeit mußte in einem Fiasko enden. Ganz abgesehen davon, daß man nur spärliches Wissen über den Kapitalismus parat hatte, stellte sich heraus, was schon in der aufgestellten These falsch war: falsch ist die Suche nach der Identität von Intelligenz und Proletariat, die — psychologisch — dem Wunsch entspringt, seine kapitalistische Tätigkeit nicht negieren zu müssen und dennoch irgendwie revolutionäre Praxis für sich in Anspruch nehmen zu können.

Die Beispiele für Illusionen solcher Art reißen nicht ab. Offizielle und inoffizielle Revisio-nisten vereint mit liberalen Stimmen stießen immer wieder auf Inhalte in Wissenschaft, Ausbildung und Beruf, die kritische und gegen das Kapital gerichtete Elemente enthalten sollen. Längere und vertiefte Ausbildung, neue Inhalte, andere Lehrpläne in der Schule sollen das Kapitalverhältnis mit sich selbst in einen Widerspruch geraten lassen, der es mit „fortschrittlichen“, weil praxisnahen Inhalten zu seiner eigenen Überwindung zwingt. Interessanterweise kommt das Proletariat nicht auf die Idee, daß es, indem es das Kapital produziert, dies zugleich auch abschafft. Der zirr Manie gewordene Gebrauch von „kritisch“, „emanzipativ“ und „kreativ“ - auch bei staatlichen Bildungsplänen - sollte zu denken geben. Theorielosigkeit paart sich bei den Revisionisten aller Schattierungen mit Theoriefeindlichkeit. Politik besteht für diese Gruppen in „konkreter Praxis“ (!) und orientiert sich so an dem, was man zu bekämpfen vorgibt, der handfesten kapitalistischen Wirklichkeit, deren theoretische Durchdringung für überflüssig gehalten wird angesichts der „konkreten“ Ziele, die man schon vorfindet. Diejenigen, die beanspruchen, ihre Politik wissenschaftlich zu begründen, werden als „Theoretiker“ beschimpft. Selbst die Übereinstimmung mit Mephisto, einem Repräsentanten bürgerlichen Denkens, „Grau, teurer Freund, ist alle Theorie, Und grün des Lebens goldner Baum.“

ficht, die Revisionisten nicht an. Streng (pseudo-)materialistisch konstatieren sie triumphierend die Nobilitierung des Herrn v. Goethe.

Die Theorie der „revolutionären Berufspraxis“ propagiert dennoch weiterhin kommunistische Politik per oder in intellektuellen Berufen. Macht (in der Regel) der Staat Schwierigkeiten, so wird diesem entweder das GG vor die Nase gehalten oder er wird aufgefordert, sich als kapitalistischer Staat aufzugeben. Konsequenter ist da schon die Art von Politik, die einfach kommunistische Politik und Tätigkeit im Beruf für dasselbe erklärt. Man nehme nur die Inhalte, die dem Staat (vgl. die Zielsetzungen der Hochschulreform) für die Entfaltung des kapitalistischen Individuums auch schon in den Sinn gekommen sind, und gebe sie als „kommunistische Forderungen“ aus. So kann man sich noch im Streben nach einer gesicherten Laufbahn für einen Kommunisten halten, der dem Imperialismus durch die Ausübung seines Berufs wüste Schläge versetzt.

spektive und kommunistische Politik verbinden zu wollen (oder mit Bündnistheorien bzw. mit dem Hinweis auf die allgemeine Form der Lohnarbeit Politik in allen Überbaubereichen zu legitimieren), weiß man vielmehr, daß Kommunist-Sein und kapitalistischer Beruf nicht vereinbar sind (5). so findet sich für die Agitation ein Bereich, der nicht in demselben Maße den Beschränkungen für kommunistische Politik unterliegt wie die Intellektuellenberufe, wo aber Individuen mit Wissenschaft befaßt sind: die Hochschule.

Die Hochschule ist der Ort, wo Wissenschaft und Ausbildung vom Staat institutionalisiert sind. Dort sollen sowohl wissenschaftliche Ergebnisse wie über die Wissenschaft Ausgebildete für den gesellschaftlichen Bedarf bereitgestellt werden. Insofern besteht kein prinzipieller Unterschied zu den späteren Berufen, für die das Studium den Studenten die Vorbereitung bietet: Die Beschäftigung mit Wissenschaft ist Mittel für die spätere Reproduktion, und Inhalt und Form des Studiums zeigen selbst ihren kapitalistischen Charakter. Auch die Hochschule ist kein Freiraum jenseits aller gesellschaftlichen Bestimmtheit. Aber es fehlen die Zwänge, sich unmittelbar mit dem reproduzieren zu müssen, womit man sich im Studium beschäftigt. Sofern Berufstätige der Intelligenz den Inhalt ihrer Tätigkeit reflektieren — dies wäre ja ein erstes Ziel der Agitation unter ihnen —, ist dieser noch ein anderer als bei Studenten. Nicht nur Soll im Beruf das Wissen mit der praktischen Tätigkeit vermittelt werden, diese Aufgabe ist zugleich verknüpft mit der Reproduktion des jeweils Berufstätigen. Seine Existenz hängt von der Erfüllung dieser Aufgabe ab.

Der Student soll aber erst lernen, was seine spätere Tätigkeit ist. Beschäftigung mit Wissenschaft und Reproduktion fühen nicht zusammen. Im Inhalt des Studiums, der Wissenschaft, liegt ein Grund dafür, daß den Studenten — auch nach den anstehenden Reformen auf dem Hochschulsektor — ein gewisser Spielraum gelassen wird, sich das notwendige Wissen anzueignen (6). Diese Argumente geben den Grund dafür ab, weshalb wir *an der Hochschule* Politik machen, um Studenten für die langfristige Arbeit unserer Organisation zu gewinnen. Diese Politik wird aufgrund der Bestimmungen des Verhältnisses von Intelligenz und Proletariat im Kapitalismus auch dann nicht enden, wenn die Bedingungen andere sind. Die gegenwärtige Situation an den Hochschulen bestimmt lediglich die Form der Durchführung unserer Hochschulpolitik. Prinzipiell ist sie bleibender Bestandteil kommunistischer Politik.

- 5 Die Frage ist nicht die der optimalen „kommunistischen Berufsperspektive“: in welchem Beruf kann ich am besten agitieren und den Klassenkampf unterstützen, sondern: welche Berufe, welche Jobs lassen mir die meiste Kraft und Zeit, die notwendigen Aufgaben kommunistischer Politik zu erfüllen? - flicht Beruf und Kommunist-Sein vereinbaren, *Trennung* ist die adäquate Konsequenz aus dem Wissen um die kapitalistische Gesellschaft. Ein Kommunist kann dieser Gesellschaft. so wie sie ist, nichts nutzen!
- 6 Daß Studenten allüberall auf der Welt bei politischen Bewegungen in vorderster Front stehen, hängt noch mit ihrer geistigen Tätigkeit und ihrer Ausbildungssituation zusammen. Ob ihr politisches Verhalten richtig oder falsch ist, ist allerdings eine ganz andere Frage.

2. Der Grund für die Notwendigkeit der Erarbeitung revolutionärer Theorie — der *Gegensatz* von materieller und geistiger Produktion und die mit ihm einhergehende Zerstörung von Erkenntnis, soweit sie sich auf die gesellschaftlichen Verhältnisse richtet —, der zunächst die mit bürgerlicher Wissenschaft befaßten Intellektuellen als potentielle Subjekte dieser Tätigkeit ausweist, liefert auch die Bestimmungen für die Agitation von Intellektuellen. Denn sind sie als solche noch nicht das, als was wir sie brauchen —Kommunisten—, vertreten aber andererseits die arbeitsteilige Sphäre, in der die Voraussetzungen zur Erarbeitung revolutionärer Theorie gesellschaftlich angelegt sind, so ist Ziel der Agitation, der in ihrer Tätigkeit angelegten Möglichkeit zur theoretischen Analyse der Gesellschaft zur Verwirklichung zu verhelfen. Agitation von Studenten, die wie jede Agitation aus dem Wissen um die objektiven Bestimmungen der Adressaten resultiert, setzt an ihrer Tätigkeit und den daraus notwendig entspringenden Erfahrungen und Interessen an — sie geht also von der studentischen Beschäftigung mit *Wissenschaft* aus, die als *Ausbildung* Rahmen des durch den Staat organisierten Ausbildungsbetriebes institutionalisiert an der Hochschule verläuft - und befähigt die Studenten durch den Nachweis der in dieser Tätigkeit enthaltenen Widersprüche als Produkt der kapitalistischen Gesellschaft zur Einsicht in ihre gesellschaftliche Funktion. Richtige Agitation, die am objektiven Charakter der jedem Studenten gesellschaftlich aufgezungenen Tätigkeit ansetzt, läßt also die subjektive Stellung des einzelnen Studenten zu dieser seiner Tätigkeit — er kann kurz oder lang, viel oder wenig, zynisch oder interessiert, um des Berufs willen oder aus wissenschaftlichem Drang studieren — als belanglos beiseite. Ihr Resultat ist die bewußte Negation der erkannten gesellschaftlichen Funktion als Intellektueller und das Festhalten und Realisieren der in dieser angelegten Möglichkeit kommunistischer Politik (7). In Sympathisanten- und Kandidätenplena sowie Kapitalschulungen vermittelt ihm die Organisation dafür das bereits erarbeitete Wissen über die kapitalistische Gesellschaft und befähigt ihn damit, die Aufgaben der Organisation in wachsendem Maße mit durchzuführen und so seiner Einsicht gemäß zu handeln.

Aus unserem Wissen um unsere Adressaten als Studenten resultieren zwei Agitationsgegenstände:

— zum einen der Inhalt der Wissenschaft, mit dem jeder Student sich auseinandersetzen muß: Agitation am Inhalt der Naturwissenschaften greift die in dieser Wissenschaft existierenden Verweise auf die kapitalistische Gesellschaft

7 Unsere Agitation zielt somit auf die Erklärung der Widersprüche, die der einzelne Student in seinem interessierten, allen möglichen Motivationen gehorchenden Umgang mit Wissenschaft erfährt, nicht auf eine Bestärkung seiner subjektiven Interessen gegen die Mängel der Ausbildung. Die Vertretung der studentischen Interessen läuft auf eine Parteinahme für ein Moment der Widersprüche im kapitalistischen Wissenschaftsbetrieb hinaus, statt die widersprüchlichen Verhältnisse anzugreifen: sie bedarf zu ihrer Legitimation als antikapitalistische Hochschulpolitik deswegen auch des erlogenen Arguments, der an seiner Ausbildung, an besserer Qualifikation interessierte Student repräsentiere ein mit dem Proletariat gemeinsames Interesse, was dann auch zur falschen Analogie der Politik studentischer Interessenvertretung mit gewerkschaftlichen Kämpfen im Produktionsbereich führt.

auf; Agitation am Inhalt bürgerlicher Geistes- und Gesellschaftswissenschaften führt über den fehlerhaften Charakter dieser Wissenschaft auf kapitalistische Gesellschaft als dessen Ursprung;

- zum anderen die organisatorische Form der Ausbildung, die jeder Student als vorgegebenen institutionellen Rahmen erfährt, in dem seine Beschäftigung mit Wissenschaft vonstatten geht: Agitation an der Organisation der Ausbildung weist ihre widersprüchlichen Formen als Resultat der Trennung von Wissenschaft und Produktion nach, die im Ausbildungssektor und seinen Reformen eine Verlaufsform findet.

Die Untersuchung dessen, was die Naturwissenschaften leisten, macht deutlich, daß mit ihrer Institutionalisierung das Kapital in der ihm eigentümlichen Form sich als eine Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung charakterisiert, die auf der Beherrschung der Natur gründet. Der kapitalistische Produktionsprozeß, der auf Naturerkenntnis beruht, ist *zweckmäßiger* Umgang mit *erkannter* Natur. Der Naturwissenschaftler sieht sich daher auf die Untersuchung der gesellschaftlichen Zwecke verwiesen, welchen er durch seine Tätigkeit als Wissenschaftler unterworfen ist.

Demgegenüber dokumentiert der instrumentelle Charakter der geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen, daß sich die kapitalistische Gesellschaft zu den von ihr selbst erzeugten Formen des geistigen und gesellschaftlichen Lebens nicht erkennend verhält, sondern sie als unbegriffene Voraussetzungen des Handelns aller Individuen hinnimmt (8). Während das instrumentelle Verhalten zur Natur Resultat ihrer Erkenntnis ist, bewirkt die nicht-erkennende Stellung zur Gesellschaft den instrumentellen Umgang mit den Produkten der gesellschaftlichen Praxis der Menschen selbst.

Dieser allgemeine Charakter bürgerlicher Wissenschaft wird in unserer Agitation herausgearbeitet (9) und nötigt den der Argumentation folgenden Studenten zu einer Befassung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen er gezwungen

- 8 Der nicht durchschaute Mangel der bürgerlichen Geisteswissenschaft führt bei Spartakus und KSV zur Reproduktion des Instrumentalismus in einer hinter die bürgerliche Wissenschaft zurückfallenden Form: die Kategorie des *Nutzens* fürs Volk wird als Vorurteil in die Analyse jedes Gegenstands eingebracht und führt dann zu Entdeckungen von Klassen innerhalb der Psychologie, Sprachwissenschaften, Kunst etc. Statt die bürgerlichen Qualität dieser Wissenschaften nachzuweisen, nimmt man das unbegriffene Resultat der Marxschen Theorie als Richtschnur für die Beurteilung verschiedenster Gegenstände und stellt ein solches Vorgehen der bürgerlichen Wissenschaft als sogenannte „materialistische Wissenschaft“ jentgegen. Im Slogan des KSV, der die „Klassenwirklichkeit“ in die Seminare „hineintragen“ will, zeigt sich noch, daß er die kapitalistische Qualität der Wissenschaft an ihr selbst *nicht* aufzufinden in der Lage ist.
- 9 Dies vollzieht sich als „Sozialistisches Studium“ *tagtäglich* in den jeweils laufenden Seminaren — was auf den Vorwurf, wir würden den Kampf an der Hochschule vernachlässigen, ein zweifelhaftes Licht wirft. Daß wir die Kritik bürgerlicher Wissenschaft als „Sozialistisches Studium“ bezeichnen, verdankt sich dem Umstand, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse ihrer tatsächlichen Erkenntnis feindlich gegenüberstehen- richtige Wissenschaft, eine, die nicht sich den gegebenen Verhältnissen instrumentell unterwirft, verlangt deren Abschaffung.

ist, solche Wissenschaft zu betreiben und sie in seinem späteren Beruf anzuwenden.

Aus der Selbständigkeit der Wissenschaft als von der gesellschaftlichen Praxis getrennter Sphäre resultiert auch die bestimmte Form der Vermittlung ihrer Ergebnisse an die Individuen, die in der Gesellschaft intellektuelle Berufe ausüben sollen. Die Anpassung des Ausbildungsbereichs an die gesellschaftlichen Anforderungen setzt die kapitalistische Trennung von Wissenschaft und Gesellschaft immer schon voraus. Dies schlägt sich nieder in den Veränderungen, die vom Staat mit der Organisation von Wissenschaft und Ausbildung vorgekommen werden. Reformen im Bildungssektor signalisieren Veränderungen in der Produktion, dem Kapitalverhältnis adäquatere Formen von Wissenschaft und Ausbildung lösen notwendig solche ab, die auf dem Stand der gesellschaftlichen Entwicklung dysfunktional geworden sind.

Agitation weist den kapitalistischen Charakter dieser Reformen auf; damit wandeln sich auch die Illusionen, daß solche Reformen grundsätzlich an diesem Charakter etwas geändert hätten, in die Einsicht, daß sie letztlich nichts anderes sind als die Durchsetzung eines der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft adäquaten Wissenschafts- und Ausbildungsbetriebs. Auch hier ist Resultat der Agitation die Befassung mit den widersprüchlichen gesellschaftlichen Verhältnissen (10).

3. Die richtige Agitation an den institutionellen Veränderungen der Hochschule ist Voraussetzung für Kämpfe, in denen es um den Erhalt der Bedingungen kommunistischer Hochschulpolitik geht. Als Kämpfe um die Bedingungen kontinuierlicher Arbeit kommunistischer Intellektueller sind sie kein Selbstzweck und können ebensowenig den Anspruch haben, irgendwelche Verbesserungen für das Proletariat erzielen zu wollen (11). Das Bewußtsein von der Beschränktheit der Möglichkeiten

10 Hat man die Stellung der bürgerlichen Wissenschaft innerhalb der Gesellschaft begriffen, so zeigt sich auch die Absurdität der Thesen, die einen Zugriff der Monopole als Charakteristikum des Verhältnisses von Wissenschaft und Kapital behaupten. Der Staat als Verwalter des Wissenschafts- und Ausbildungsbetriebes muß den Instrumentalismus der Wissenschaft gerade als deren „Freiheit“ sichern, als ihre Offenheit gegenüber allen an die Wissenschaft herangetragenen Zwecken und kann den Interessen bestimmter Einzelkapitale, etwa in einer langfristig konzipierten Hochschulreform, keine Vozugsstellung einräumen. Selbst die Vorschläge bestimmter Interessenverbände müssen diese universelle Verwendbarkeit für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung berücksichtigen, von der auch ihr Prosperieren abhängt. Als Kritik an den Naturwissenschaften ist die Forderung, sie möchten doch dem Volke dienen, schon angesichts ihrer wirklichen Erkenntnisleistungen untauglich: wenn nur die *Anwendung* kritikabel ist, dann fallen auch die Folgerungen für eine Veränderung nicht in die Sphäre der Wissenschaft, sondern richten sich auf die ökonomischen Verhältnisse, in denen Naturerkenntnis gegensätzlich zur Tätigkeit derer eingesetzt wird, die sie anwenden. Einem Naturwissenschaftler vorwerfen, er kümmere sich nicht um die Verwendung seiner Resultate, heißt, ihn als Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft ansprechen, nicht aber ihn als *Wissenschaftler* angreifen.

11 Die falschen Varianten der Begründungen von Kämpfen an der Hochschule reichen vom blanken Reformismus, der sich als Vertretung objektiver Interessen von Arbeitern und Studenten tarnt, über Kämpfe im „Bündnisbereich“ (demokratischer Kampf) zum Wohle der Arbeiterklasse (Stellvertreterpolitik) bis hin zu den absurden Vorstellungen, daß sich durch Kampf als „praktischem“ und „konkretem“ (oder als innerem Erlebnis) das Be-

studentischer Kämpfe an der Hochschule hat noch erstes Resultat der Agitation zu sein. Sie vermittelt die Einsicht, daß der kapitalistische Charakter von Wissenschaft und Ausbildung von Studenten nicht aufzuheben ist.

Gehen wir gegen Zwänge institutioneller Art vor, oder bedienen wir uns des Mittels Öffentlichkeit, um beim Staat - stehen ihm Entscheidungsspielräume zur Verfügung — vorteilhaftere Alternativen für unsere Politik zu erreichen, so verweist dieser Kampf selbst noch einmal auf den gesellschaftlichen Ort, die kapitalistische Produktion, von wo die revolutionäre Veränderung auszugehen hat und wofür kommunistische Hochschulpolitik Intellektuelle gewinnt.

wußtsein der Studenten in antikapitalistisches verändere. In ihnen werden entweder die vorfindlichen Interessen schon für antikapitalistische gehalten (wozu dann eigentlich noch agitieren?), oder Studenten werden mit einer Aufgabe identifiziert, die in ihrer Beschränkung auf den demokratischen Kampf weder diesen noch dem Proletariat weiterhilft auf dem postulierten Weg zur Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaft.

IV.

1. Der Staat tritt in allen gesellschaftlichen Bereichen als *gesonderte Bedingung* kommunistischer Politik in Erscheinung. Dies ist die notwendige Konsequenz~der für die kapitalistische Produktionsweise eigentümlichen Verdoppelung von Gesellschaft und Staat. Als „besondere Existenz neben und außer der bürgerlichen Gesellschaft“ (MEW 3/62) bewirkt der Staat in der Form souveränen Handelns die Durchsetzung der Zwangsgesetze kapitalistischer Produktion: deren Zwecken ordnet er sich in der *Trennung* von den Prozessen der ökonomischen Konkurrenzbewegung unter.

Die Tatsache, daß der bürgerliche Staat gerade in seiner formellen *Selbständigkeit* gegen die Konkurrenz deren Inhalt, die Herrschaft des Kapitals über die Arbeit, aufrechterhält und durchsetzt, konstituiert die spezifische Schwierigkeit im Umgang mit der Sphäre bürgerlicher Politik und gibt den verschiedenen Organisationen Anlaß zu den abenteuerlichsten Revisionismen.

- a) Die zur Phrase verkommene Rede vom Klassenstaat geht einher mit der Auffassung, der Klassencharakter des Staates bestehe darin, daß er von der Bourgeoisie als bewußt gehandhabtes Instrument ihrer Herrschaft eingesetzt werde, während die ausgebeutete Klasse ihn ausschließlich als Unterdrückungsinstanz erfahre. Träfe dies zu, wäre nicht mehr einsichtig, weswegen Kommunisten die Zugehörigkeit des Staates zur Klassengesellschaft gegen ein irgendwie unterstelltes falsches Bewußtsein überhaupt vorbringen müssen. Wird die kapitalistische Qualität des bürgerlichen Staates *unmittelbar* im empirischen Bezug von Kapitäuten auf dessen Institutionen gesehen, so hat man nicht begriffen, worin der Klassencharakter des Staates eigentlich besteht (1).
- b) Der Umstand, daß sich der Staat in alle gesellschaftlichen Prozesse einmischt, ist auch die Grundlage für die Annahme eines gewandelten Verhältnisses von Staat und Ökonomie, sei dies nun in Gestalt von *Sozialstaatstheorien* oder als *Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus*. Beide nehmen Marx' Theorie als Darstellung nicht der allgemeinen Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise, sondern als Analyse des Kapitalismus im 19. Jahrhundert und konstatieren aus der empirischen Zunahme von Staatsfunktionen in der kapitalistischen Entwicklung entweder einen gefestigten, weil mit seinen Widersprüchen zurechtkommenden und der sozialen Befriedigung fähigen Kapitalismus, oder eine neue Qualität der kapitalistischen Herrschaft, in welcher dem Staat ökonomische Potenzen zukommen, die sich als Kooperation mit den Monopolen zeigen und die Qualität der Antagonismen innerhalb der Gesell-

Den agententheoretischen, auf die empirischen Phänomene der Kooperation von Kapitalisten und Staatsmännern bezogenen Aussagen widerspricht freilich schon das auf derselben Ebene zu beobachtende demokratische Getriebe, welches ja von Liberalen in derselben unwissenschaftlichen Verfahrensweise zum Beleg dafür genommen wird, daß der bürgerliche Staat mit Klassenherrschaft nichts zu schaffen hat!

schaft verschieben: An die Stelle des Gegensatzes von Kapital und Arbeit tritt der von Monopolen/Staatsgewalt und dem Rest der Gesellschaft (2).

- c) Obgleich es hier nicht um die positive Darstellung der Bestimmungen des bürgerlichen Staates, sondern um die aus ihnen erwachsende Politik geht, kommen wir nicht umhin, angesichts der üblichen Beschränkung auf Phrasen und agententheoretische Füllungen des Diktums vom Klassenstaat einige Ableitungsschritte darzustellen.

2. Kommunistische Politik muß den Zusammenhang der politischen Demokratie mit den ökonomischen Verhältnissen der Klassengesellschaft aufdecken. Sie richtet sich gegen die Illusionen bezüglich der Sphäre, in der sich Herrschaftsverhältnisse konstituieren. Nicht die „Unvollkommenheit“ der Demokratie ist Gegenstand der Kritik sondern an der Demokratie und ihren Widersprüchen ist klarzumachen, daß die Ursachen von Unfreiheit und Ausbeutung nicht im Gegensatz zu ihr stehen, sondern ihre Voraussetzung abgeben.

- a) Die Demokratie stellt die in der *Verfassung* eines bürgerlichen Staates geforderte Realisierung der „Freiheit der Individuen“ dar. Aus dem Bezug der konkurrierenden Privatsubjekte aufeinander entsteht die Notwendigkeit, daß sie sich in der Form der abstrakten Allgemeinheit zu einem Gemeinwesen zusammenschließen, welches neben ihren ökonomischen Zusammenhang tritt. Der Staat faßt die Individuen in dieser Form zusammen: während sie als Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft nach ihrer Klassenzugehörigkeit, der Art und Weise ihrer Reproduktion durchaus unterschieden sind, verschwindet jegliche Differenz in der aus der Konkurrenz entspringenden Form des anerkannten freien Willens, welche die Grundlage des bürgerlichen Staates ausmacht: „Das Prinzip der Politik ist der *Wille*“ (MEW 1/402). In ihrer Bestimmung als *Volk* eines Staates stellen die Mitglieder also die Abstraktion von all ihrer Besonderheit, auch von ihrer klassenmäßigen Bestimmung, als ihre positive Eigenschaft dar (3).

Die Konstitution des Staates beruht auf der Verdoppelung des bürgerlichen Menschen in Bourgeois und Citoyen, auf einer Trennung, die ihnen

- 2 „Unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus spaltet sich die Gesellschaft immer sichtbarer in zwei objektiv feindliche Lager: die mächtige, aber zahlenmäßig kleine Spitzengruppe der Herrscher von Industrie, Banken und Staat auf der einen, und der Mehrheit des Volkes auf der anderen Seite. Die Zahl derer, die in Widerspruch zur Monopolmacht geraten, ist weiter gewachsen.“ (Thesen des Düsseldorfer Parteitags der DKP). Auch die zahlreichen Modifikationen dieser die Strategie der DKP begründenden Auffassung können ihre Absurdität und die Preisgabe wesentlicher, das Ganze der Marxschen Theorie betreffender Einsichten nicht verbergen (Wertgesetz, Konkurrenz).
- 3 Die Bestimmung des Volkes zu einer wesentlichen Kategorie kommunistischer Propaganda in entwickelten kapitalistischen Ländern zu machen, erscheint von daher als totale Vergewaltigung der Marxschen Theorie und entspringt wohl der dem Liberalismus entnommenen Identifikation mit der Mehrheit, als die man sich „das Volk“ vorstellt. Doch steht der Wunsch, die Arbeiterklasse möchte ihre Identität als *Volk* behaupten und als *solches* Geschichte machen, dem Faschismus näher als der Emanzipation des Proletariats.

aufgezwungen wird und die Realität der *Gleichheit* ausmacht, in der manche Organisationen ein noch zu verwirklichendes Ideal sehen: „Die Trennung der bürgerlichen Gesellschaft und des politischen Staates erscheint notwendig als eine Trennung des *politischen Bürgers*, des Staatsbürgers, von der bürgerlichen Gesellschaft, von seiner eigenen wirklichen, empirischen Wirklichkeit, denn als Staatsidealist ist er etwas *ganz anderes*, von seiner eigenen Wirklichkeit verschiedenes, unterschiedenes, entgegengesetztes *Wesen*“ (MEW 1/281).

Insofern der Staat seine Souveränität durch den Willen der Bürger erhält, denen er als allgemeine Macht *gegenübersteht* um die Grundlage für die Verfolgung ihres Privatinteresses zu sichern (Eigentum), ist die adäquate Form seines Bestehens die Demokratie: „alle Handlungen des Staates kommen als Akte der *Gesetzgebung* (allgemeine Anerkennung und Gültigkeit) zustande, seine Agenten sind vom Volk *gewählte* Repräsentanten und von diesen eingesetzte Regierungen. (Die Alternativen in der Erfüllung der mannigfachen Staatstätigkeiten bilden den Gegenstand der Auseinandersetzung von Regierung und Opposition bzw. zwischen Parteien anlässlich der Wahlen.)

In der Bestimmung des Staates, die Freiheit der in ihm zusammengefaßten Individuen zu realisieren, Eigentum und Person zu schützen, aber auch die Mängel der ihm vorausgesetzten ökonomischen Verhältnisse zu beseitigen und zu kompensieren, wo diese der Verwirklichung besonderer Zwecke in der Konkurrenz Schranken auferlegen, tritt hervor, daß er mit den angedeuteten „ideellen Bestimmungen“ ebenso in Widerspruch gerät wie mit seinen wirklichen Voraussetzungen. Der praktisch gewordene Idealismus des bürgerlichen Staates bildet das Komplement zum Materialismus der kapitalistischen Gesellschaft, dem er seine Existenz verdankt.

Als verselbständigte Instanz, die den kapitalistischen Reproduktionsprozeß aufrechterhalten und sichern muß, ohne dabei prinzipiell die besonderen Interessen, welche in der Konkurrenz sich geltend machen zu beschränken bedarf der bürgerliche Staat eines Gewaltapparates, um sich gegenüber den Antagonismen der gesellschaftlichen Bewegung durchsetzen zu können. Die Gesellschaft „delegiert“ mit der Konstitution des Staates also nicht nur friedfertige Parlamentarier, die in Akten der Gesetzgebung den Antagonismen eine Verlaufsform zu geben suchen, sondern einen „durch Teilung der Arbeit von der Gesellschaft besondern eigenen Organismus“ (MEW 19/29). Der Regierungsapparat (Organe der Autorität, Polizei, Richter etc.) gründet seine Tätigkeit auf die Loyalität der Staatsbürger, die *seine Tätigkeit* als Bedingung *ihrer Reproduktion* wissen. Dies gilt auch für die Arbeiterklasse: Solange sie auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen ist, muß ihr daran gelegen sein, daß dieser „ordnungsgemäß“ verläuft und ihre Abhängigkeit vom Kapital nicht in Formen persönlicher Knechtschaft zurückfällt. Auch sie entwickelt notwendig ein Interesse am Schutz der Person und des Eigentums, für den Polizei und Justiz verantwortlich sind. Der im Privateigentum eingehüllte Gegensatz des Staates gegen die Arbeit tritt jedoch dann unmittelbar hervor, wenn die Arbeiterklasse ihre Reproduktion auch dann, sichern will und Ar-

beitskämpfe führt, wenn dies den Reproduktionsprozeß als ganzen gefährdet und das Allgemeininteresse, welches der Staat repräsentiert, offen mit den Interessen der Kapitalistenklasse zusammenfällt (4). Daraus wird von den meisten Organisationen der Schluß gezogen, der Gegensatz zwischen Arbeiterklasse und Staat sei vor allem in dieser Erscheinungsform zum Gegenstand der Agitation zu machen.

Die Tatsache, daß der Staat „den Charakter einer nationalen Gewalt des Kapitals über die Arbeit“ besitzt „einer politischen Gewalt, dazu organisiert, die soziale Unterdrückung zu erzwingen, den Charakter einer bloßen Maschine der Klassenherrschaft“ (MEW 17/608), gilt es aber vor allem an den weniger offen gewalttätigen Aktivitäten des bürgerlichen Staates nachzuweisen — und zwar nicht um der Phrase vom „bösen Staat“ willen, sondern um klarzustellen, daß es die Herrschaft des Kapital über die Arbeit ist, die den Staat notwendig macht und seine Funktionen bedingt. Nicht im Staat liegt das Wesentliche kapitalistischer Herrschaft: Das Kapital hat seine Macht über die Arbeit nicht von der Gnade des Staates — umgekehrt: Der Staat existiert nur aufgrund der Herrschaft des Kapitals über die Arbeit (5).

- c) Die gängigen Programme des „demokratischen Kampfes“ resultieren aus der Verwechslung zweier Ebenen:
- die eine ist mit den politischen Verhältnissen der kapitalistischen Produktionsweise als *Bedingung* kommunistischer Politik bezeichnet;
 - die andere betrifft die Stellung des politischen Programms einer kommunistischen Organisation zur Sphäre des Staates und der Demokratie.

So wird aus Zitaten von Marx, Engels und Lenin geschlossen, daß die Durchsetzung demokratischer Verkehrsformen ein überhistorischer Programmpunkt aller kommunistischen Politik sei. Noch dort, wo sich die Klassiker für demokratische Positionen einsetzen, finden sich Angaben über die Differenz zwischen den *Zielen* kommunistischer Politik und der Sicherung von Kampfbedingungen, zwischen *Programm* und instrumentellem Umgang mit den bürgerlichen politischen Verhältnissen (6). Selbst

- 4 Dieses direkte Eingreifen des Staates in die Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital findet häufig auch ohne akute Krise statt und wird gewöhnlich mit wirtschafts-politischen oder rechtlichen Argumenten legitimiert - mildere Formen davon sind Einschränkungen der Tarifautonomie der Gewerkschaften etc.
- 5 Die falsche Verschiebung „kommunistischer Politik“ auf die Auseinandersetzung mit dem Staat zeitigt einerseits die schizophrene Gestalt des Vorgehens, das im Nebeneinander von Forderungen an den Staat nach „demokratischen Alternativen“ und seiner kontinuierlichen Beschimpfung als „Klassenstaat“ auftritt, andererseits in der ständigen Neuauflage anarchistischer Bewegungen. Die Politik der RAF z. B. beschränkte sich auf gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt, wobei die falsche Auffassung kapitalistischer Herrschaft in der Ignorierung der Produktionssphäre als deren Zentrum klar zum Vorschein kam. Das Kapitalverhältnis, das nur durch die bewußte Aktion einer Klasse zu überwinden ist, wurde platt mit einzelnen Kapitalisten ineins gesetzt und als über die „Zerschlagung“ des Gewaltapparates des Staates angreifbar angesehen.
- 6 vgl. Marx' Spott über Leute, die dem Idealismus des bürgerlichen Staates auf den Leim gehen und deswegen „dem Sozialismus eine höhere ideale Wendung geben wollen, d. h. die materialistische Basis (die ernstes objektives Studium erheischt, wenn man auf ihr

zu Zeiten und unter Verhältnissen, als die Realisierung der politischen Demokratie noch anstand, haben sie vor der Illusion gewarnt, die Überwindung des Kapitalismus sei gleichbedeutend mit der Verwirklichung der Demokratie (7). Sie wußten, daß die Verselbständigung der politischen Sphäre, der Staat und seine demokratische Form, zum Kapital gehört!

Die Tatsache, daß die Widersprüche der kapitalistischen Ökonomie zur Veränderung auch der politischen Verhältnisse führen können, wird ebenfalls zum Anlaß genommen, Demokratie nicht mehr als günstige *Bedingung* des Klassenkampfes anzusehen. um die es durchaus zu kämpfen gilt, sondern Demokratie als *Etappe* zu fixieren, an der Kommunisten deswegen ein Interesse haben, weil sie dem Kapital oder dem Imperialismus entgegensteht. Eine besonders verkommene Variante davon stellt der „Antifaschistische Kampf“ dar, der auf grundfalschen Annahmen über das Wesen des Faschismus beruht: man erklärt sich die Entstehung des Faschismus aus dem Gegensatz zwischen Monopolinteressen (8) und Demokratie, statt zu sehen, daß die Gefahr des Faschismus darin liegt, daß in Zeiten der Krise die Staatsbürger — und dazu zählen auch die Arbeiter! — den „korrupten“, „schwachen“ Staat für die Mängel der Konkurrenz verantwortlich machen und vom ihm die Liquidierung der Konkurrenz *fordern*: daß eine Handvoll Monopolherren keine faschistische Bewegung darstellt, sondern daß dazu ein *Volk* notwendig ist, das sich mit der aggressiven Außenpolitik und den „ordentlichen Zuständen“ im Innern identifiziert, will ihnen nicht in den Kopf. Anstatt das der politischen Demokratie und dem Faschismus gemeinsame Verhältnis des Volkes zum Staat, die beiden zugrundeliegende ökonomische Gesellschaftsformation zu denunzieren, erklärt man ihre Differenz zum prinzipiellen Gegensatz und denkt — hier ganz im Stile bürgerlicher Faschismustheorie —, die Folgsamkeit des Volkes sei ein Werk obskurer Überredungskünstler.

3. Im zentralen Bereich kommunistischer Politik, der Betriebsarbeit, tritt der Staat als Bestimmungsfaktor für die Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse in Erscheinung. Er ist Adressat und Gegner in Kämpfen um die Verbesserung der Reproduktion der Arbeiterklasse, die wir hier unterstellen. Daraus, daß wir etwa die Auseinandersetzungen über die Veränderungen des Gesundheits- und Ausbildungswesens hier nicht behandeln, darf nicht geschlossen werden, wir hielten sie für irrelevant. Diese dem Kapitalismus immanenten Konflikte setzen wir voraus, um an ihnen den Inhalt kommunistischer Agitation zu umreißen. Sie zielt auf die Tat-

operieren will) zu ersetzen durch moderne Mythologie, mit ihren Göttinnen der Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und Fraternite'." (Brief v. 19. 8. 1877 an Sorge). Auch Lenin wußte: „Die Demokratie ist eine der Formen des Staates. Indes sind wir Marxisten Gegner *jeden* Staates." (WW 24/71 f.) „Das Wort Demokratie, angewandt auf die kommunistische Partei, ist nicht nur wissenschaftlich unrichtig...“ (WW 24/72). Wer bei Lenin gegenteilige Aussagen zur Demokratie findet, möge sich fragen, weiche seiner widersprüchlichen Aussagen die richtigen sind.

7 vgl. Grundrisse/160

8 Aus der Vorstellung, die diese Leute sich vom „Monopol“ machen, geht hervor, daß sie tatsächlich den 3. Band des „Kapital“ für ein esoterisches Buch halten, das zu studieren sie „Seminaimarkisten“ überlassen.

sache, daß in den Kämpfen um bessere Reproduktionsbedingungen — so notwendig sie für die Existenz der Arbeiterklasse sind — alle Erfolge noch ihre Beschränkung erkennen lassen. Diesbezügliche Reformen, seien sie nun erkämpft, d. h. dem Kapital durch Aktionen abgerungen oder als Maßnahme des Staates von oben her durchgeführt, *beruhen* allesamt auf der vorausgesetzten Tendenz des Kapitals, die Arbeitskraft zu zerstören und sind so ein untaugliches Mittel, die Ursachen der periodisch wiederkehrenden Existenzgefährdung zu *beseitigen*, was in der temporär beschränkten Wirkung von Reformen zum Ausdruck kommt.

Der agitatorische Bezug auf diese Funktion des bürgerlichen Staates besteht deswegen aber auch nicht in der Leugnung ihrer Realität. Zu behaupten, der Staat bewirke keinerlei positive Veränderungen für die Lage der arbeitenden Klasse, wäre Unsinn. Es geht um den Nachweis, daß sich alle Staatstätigkeit in ihrer Widerspruchlichkeit als zum Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital gehörig charakterisiert. Wird durch ihre Analyse ihr notwendiges Scheitern erklärt, so bricht auch die Sozialstaatsillusion zusammen, die ihre materielle Grundlage in der tatsächlichen Relevanz des Staates für die Reproduktion der Arbeitskraft im Kapitalismus hat. An die Stelle der Phrase, *daß* es sich beim bürgerlichen Staat um einen Klassenstaat handelt, muß die konkrete Analyse seiner Maßnahmen zeigen, *wie* er in allen seinen Handlungen nur die Aufrechterhaltung und Durchsetzung der kapitalistischen Ausbeutung vermittelt.

Die Demonstration der Tatsache, daß der Staat mit seinen sozial- und wirtschaftspolitischen Intentionen zum Scheitern verurteilt ist, bedeutet alles andere als eine „Entschuldigung“ oder „Rechtfertigung“ staatlichen Versagens. Sie geht auf den Widerspruch des Staates, der ihm aufgrund der gesellschaftlichen Voraussetzungen, auf die er sich bezieht, anhaftet. Seine Funktionen sind Resultate der auf dem Privateigentum beruhenden Produktionsweise und schließen die Unmöglichkeit ein, die durch die Konkurrenz hervortretenden Mängel des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses unter Beibehaltung der Produktionsweise zu beseitigen. Das „Versagen“ des Staates verweist auf seinen Grund in der kapitalistischen Produktionsweise und damit auf die Sphäre, in der die Arbeiterklasse die zunächst am staatlichen Handeln erfahrenen Einschränkungen ihrer Reproduktion bekämpfen kann,

a) Insofern der Staat für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung sorgt, gewährleistet er auch die Form, in der sich Kapital und Arbeit gegenüberstellen, als Vertragsverhältnis. So schließt er z. B. die in der Phase der Durchsetzung des Kapitalismus noch gang und gäben Verhältnisse der persönlichen Abhängigkeit (Weiber- und Kinderarbeit), also Rückfälle in die Sklaverei, aus. Doch ist die Zerstörung der ihm eigentümlichen Verkehrsformen, der rechtlichen und sittlichen Verhältnisse, die es selbst hervorgebracht hat, eine bleibende Tendenz des Kapitals. Den konkurrierenden Einzelkapitalisten erscheinen diese Verhältnisse als Beschränkung ihres Dranges, sich möglichst viel Mehrarbeit anzueignen (aktuelle Beispiele: die illegale Beschäftigung ausländischer Arbeiter, die Ausbeutung von Lehrlingen anstelle der geforderten Ausbildung etc.). Daraus folgt jedoch nicht, daß es die Sache einer kommunisti-

sehen Organisation ist, sich anlässlich von Kämpfen gegen die Verletzungen des geltenden Rechts positiv auf dieses zu beziehen. Sie muß wissen, daß die Form des freien Vertrags mit all Ihren rechtlichen Implikationen die der kapitalistischen Ausbeutung *angemessene* ist, auch wenn Einzelkapitalisten in ihr bisweilen eine Beschränkung erfahren:

„Sofern jede einzelne Transaktion fortwährend dem Gesetz des Warenaustauschs entspricht, der Kapitalist stets dieselbe Arbeitskraft kauft, der Arbeiter sie stets verkauft, . . . schlägt offenbar das auf Warenproduktion und Warenzirkulation beruhende Gesetz der Aneignung oder Gesetz des Privateigentums durch seine eigene, innere, unvermeidliche Dialektik in sein direktes Gegenteil um . . . Eigentum erscheint jetzt auf Seite des Kapitalisten als das *Recht*, fremde unbezahlte Arbeit oder ihr Produkt, auf Seite des Arbeiters als Unmöglichkeit, sich sein eigenes Produkt anzueignen . . .“ (MEW 23/609). Angesichts solch eindeutiger Feststellungen muß es verwundern, wenn sich „Kommunisten“ landauf landab mit bürgerlichen Rechtspositionen gegen die Realität des Kapitalverhältnisses stellen wollen. In einer Phase des Kapitalismus, wo Sozialdemokraten die „Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital“ im Munde führen, müßte doch jedem einsichtig werden, daß sich die Gleichheit der Menschen nicht gegen die Unterwerfung der Arbeit unter Kapital ins Feld führen läßt, da diese mit dem Verkehr „freier und gleicher“ Menschen nicht konfligiert, sondern zusammenfällt. In der Auseinandersetzung zwischen Arbeiter- und Kapitalistenklasse steht nicht von ungefähr „Recht wider Recht“ — und: „Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt“ (MEW 23/249).

- b) Der Staat schafft durch seine sozialpolitischen Aktivitäten, die von der Organisation des Gesundheitswesens bis zur Arbeitslosenunterstützung reichende Formen zur Wiederherstellung und Erhaltung der im Produktionsprozeß verschlissenen Arbeitskraft.

Die Sozialpolitik des Staates ist ihres zwangsläufigen Scheiterns zu überführen. Sie beruht auf den Voraussetzungen des unmittelbaren Produktionsprozesses, die für die Zerstörung der Arbeitskraft verantwortlich sind. Diese Voraussetzungen aber entziehen sich weitgehend dem Einfluß des Staates — seine Maßnahmen reduzieren sich auf die *Kompensation* der negativen Wirkungen der Ausbeutung, unterstellen diese also und perpetuieren sie. Statt vom Staat zu fordern, er möge per Gesetz die Arbeitsbedingungen humanisieren (wie es die Gewerkschaften in ihrer Eigenschaft *ah Interessenverband* tun — wobei sie stets erfahren müssen, daß der Erfolg ihrer diesbezüglichen Bemühungen davon abhängt, wieviel „Nachdruck“ den Forderungen durch Arbeitskämpfe verliehen wird, daß es also gar nicht um Konzessionen auf Seiten des Gesetzgebers geht!), haben Kommunisten darauf hinzuwirken, daß die Arbeiter die beschränkte kompensierende und darum affirmative Rolle des Staates im Bereich der Sozialpolitik begreifen und sich dort gegen die Zerstörung ihres Lebens zur Wehr setzen, wo sie wirklich stattfindet - im Produktionsprozeß selbst. Über ihren Erfolg entscheidet auch hier allein die Gewalt,

der Druck, den sie aufs Kapital durch Arbeitskämpfe auszuüben vermögen. Daß die Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital ihren Niederschlag in der Formulierung allgemeingültiger Gesetze finden, heißt keineswegs, daß sie ihrem Inhalt nach Konflikte darstellen, die sich auf der Ebene des Ringens um *staatliche* Zugeständnisse abspielen. Schon an der Fabrikgesetzgebung konnte Marx zeigen, daß sie kein Produkt „parlamentarischer Hirnweberei“ waren.

- c) In seiner Organisation des Ausbildungssektors bemüht sich der Staat um die Zurichtung der Individuen für die arbeitsteiligen Funktionen im Gesamtproduktionsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft. Die Organisation des Ausbildungssektors hat für die Arbeiter vor allem die Bedeutung, daß Inhalt und Bezahlung ihrer Arbeit durch die Qualifizierung in der Ausbildung vermittelt (*nicht bestimmt*) werden. Der Bezug der Arbeiter auf ihre Ausbildung enthält somit den Schein, die Güte ihrer Reproduktion sei prinzipiell von ihren *Fähigkeiten* abhängig (ein Schein, der durch die Hierarchisierung der Arbeit im Betrieb und die Formen des „Leistungslohnes“ verfestigt wird), was bei Gewerkschaften und revisionistischen Organisationen dazu geführt hat, Vorschläge zur Reform des Ausbildungssektors mit der Hoffnung auf eine größere Sicherheit der Arbeitsplätze vorzubringen (9). Demgegenüber ist, wenn z. B. Reformen der Ausbildung Gegenstand der Agitation werden, am Charakter der Ausbildungsprozesse deutlich zu machen, daß die in ihnen vermittelten Qualifikationen an der Aufrechterhaltung des bestehenden Systems der Arbeitsteilung, der Hierarchie der Arbeiten und der Konkurrenz zwischen den Arbeitern — welche vulgäre Theorien immer noch als durch manipulatorische Tricks verursachte „Spaltung der Arbeiterklasse“ sehen möchten — orientiert sind und gewöhnlich die Reformen nur als Durchsetzung der dem Kapital adäquaten Form der Ausbildung begriffen werden müssen.
- d) In den wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Staates, mit denen er sich dem Allgemeinwohl verpflichtet weiß — das Allgemeinwohl ist die formelle Zusammenfassung der Konkurrenzinteressen aller — sucht er die Kontinuität des Gesamtproduktionsprozesses gegen die in diesem liegenden Tendenzen zur Krise zu sichern. Als souveräner Gesetzgeber ist er in seinen konjunkturpolitischen Entscheidungen an der Betrachtung der empirischen Gesamtbewegung orientiert, die sich in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung niederschlägt. Die Implikationen seiner Alternativen bilden vor dem Hintergrund des vagen Bewußtseins aller Bürger, daß ihre Reproduktion vom Funktionieren des Ganzen abhängt, den zentralen Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen
- 9) DKP/Spartakus verschweigen in ihren Forderungen nach „qualifizierter Ausbildung“ systematisch das Faktum, daß die Attraktion und Repulsion von Arbeitskräften andere Ursachen hat als die „schlechte, arbeiterfeindliche Bildungspolitik von Staat und Monopolen“. Sie denken gar nicht daran, die Beschränkung der Bildungsreformen zum Anlaß zu nehmen, auf ihre Grundlage in der Produktion hinzuweisen - sie verlangen im Gegenteil noch von der Arbeiterklasse als „Bündnispartner“ die Unterstützung ihrer bornierten „demokratischen Lehrinhalte“! Ein Beispiel für den *positiven* Bezug auf den bürgerlichen Staat und seine Tätigkeit, der in Extremfällen sogar zum Stolz darauf verleitet, öffentlich als Kraft gelobt zu werden, die sich um „konstruktive“ Beiträge bemüht!

zwischen den Parteien und Interessengruppen. Diese erzeugen den Schein, die Handlungen des Staates seien Resultat der um die Durchsetzung ihrer Interessen ringenden Bürger. Tatsächlich ist aber die Sphäre staatlichen Handelns unabhängig vom Willen der Einzelnen als Konsequenz der auf dem Privateigentum beruhenden Produktion festgelegt — in Wahlen wird nur noch über alternative *Regierungsprogramme* „entschieden“, nicht über das, was der *Staat* zu tun hat. Die Bezugnahme auf die Ansprüche der gesellschaftlichen Gruppierungen aller Art vollzieht sich nicht als Ausrichtung an den Wünschen der Bevölkerung, sondern als Festsetzung eines Programms, von dem man nicht müde wird zu behaupten, es sei den vorhandenen Bedürfnissen gemäß (10).

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Staates enthalten in ihren widersprüchlichen Zielsetzungen die Ansatzpunkte für ihre Denunziation. Indem an der Konjunktur-, Außenhandels- und Währungspolitik des Staates bewiesen wird, daß es gar nicht in der Mächt des Staates liegt, die diversen Versprechungen gegenüber den „Arbeitnehmern“ einzulösen, wird diesen die Falschheit diesbezüglicher Erwartungen klar. Aus dem Inhalt der Argumentation muß zugleich hervorgehen, daß die beschränkten Reproduktionsmöglichkeiten der Arbeiter ihren Grund in den Produktionsverhältnissen haben, nicht in Fehlern von Staatsagenten. Ohne diese Einsicht, daß der Staat in seinen Handlungen prinzipiellen Beschränkungen unterliegt, da er auf der freien Marktwirtschaft und ihrer Anarchie der Konkurrenz beruht, läuft die Agitation am Handeln des Staates stets Gefahr, den Schein von positiven Alternativen hervorzurufen (11).

Hier eröffnet sich das weite Feld der Demagogie, dem sich auch eine kommunistische Organisation anschließt, wenn sie - wie die DKP - an Wahlen teilnimmt, ohne aufzuzeigen, daß diese nur über belanglose Varianten des staatlichen Handelns entscheiden und eine kommunistische Partei in der Regierung prinzipiell denselben Zwängen und Beschränkungen unterworfen ist wie alle anderen; (die Produktionsweise durch Gesetze zu verändern, hoffen wohl nicht einmal die hartgesottensten Volksfrontler).

Besonders sinnfällig wird dies in blödsinnigen Formulierungen von „Antirevisionisten“ wie „die arbeiterfeindliche Brandt-Regierung“ u. ä. Nicht auf eine „arbeiterfreundliche Regierung“ müssen die Aktionen der Arbeiterklasse sich richten, sondern auf die Ab-Schaffung des Staates, was sich zwar nicht in der nach beliebtem Muster geformten Parole „Weg mit dem Staat!“ äußert, jedoch im Charakter der Agitation zu den jeweiligen besonderen Problemen seinen Ausdruck findet: ein positiver Bezug auf den Staat (auch in Auseinandersetzungen um bessere Reproduktionsbedingungen) darf nie als erklärtes Ziel vorgestellt werden. Einsichtig zu machen ist, daß noch mit jeder Reform die Mängel in der eproduktion erhalten bleiben und der Staat mit seinen Maßnahmen auf die Produktionsverhältnisse verweist, mit deren Überwindung er selbst überflüssig wird. Überhaupt scheint uns die Denunziation von Staatsagenten auf dem infantilen Bedürfnis theoriefeindlicher Intellektueller zu beruhen, die Behauptung der Bösartigkeit von Personen an die Stelle der Erklärung der kapitalistischen Wirklichkeit zu setzen. Offenbar sind diese Organisationen der Auffassung, für die Arbeiter sei das Dümme als Erklärung gerade gut genug!

V.

1. Wenn Marx die Schaffung des Weltmarkts als „im Begriff des Kapitals gegeben“, als wesentlich der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise zugehörige Tendenz kennzeichnet.⁽¹⁾, spricht er die allgemeine Natur all der Phänomene an, die als Imperialismus Gegenstand kommunistischer Politik werden: es handelt sich um die Subsumtion der gesamten Produktion auf dem Erdball unters Kapital. Wenn er andererseits in seinem Aufbauplan die Analyse des Weltmarkts im Anschluß an die Darstellung des Staates vorsieht, charakterisiert er die Besonderheit, durch die sich, die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise zum Weltmarkt von der gewöhnlichen Konkurrenzbewegung unterscheidet: sie ist über die Tätigkeit des Staates vermittelt. Die Expansion des Kapitals, die sich über die Konkurrenz der Privateigentümer vollzieht und die Konstitution des bürgerlichen Staates notwendig macht, schafft sich mit dem Staat zugleich eine Schranke für ihre maßlose Bewegung. Die territoriale Abgrenzung des Hoheitsgebietes, die Zusammenfassung des Eigentums an Grund und Boden, welcher die natürliche Grundlage für den Reproduktionsprozeß der Gesellschaft abgibt, schränkt den Markt und damit auch das Quantum Arbeit ein, die das Kapital ausbeuten kann. Somit stellt der Staat in seiner Eigenschaft als souveräne, neben die ökonomische Bewegung getretene Instanz, die durch ihr Gewaltmonopol die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse absichert, zugleich einen Mangel dieses Verhältnisses dar.

Die Überwindung der Beschränkung, welche der Staat für die auf Expansion drängende kapitalistische Produktionsweise, also für die Reproduktion seiner Bürger darstellt, kann aufgrund seiner Souveränität nur von ihm geleistet werden.

Was sich unmittelbar als Verkehr zwischen Nationalstaaten, die sich wechselseitig anerkennen und Verträge miteinander abschließen, abspielt, zeigt sich in den Gegenständen der diplomatischen Transaktionen als Auseinandersetzung zwischen den ökonomischen Interessen, die der Staat repräsentiert und durchzusetzen hat. Sofern diese Interessen sich nicht mehr mit den geregelten Beziehungen der wechselseitigen Anerkennung wahrnehmen lassen, pflegen die Staaten das Völkerrecht zu

1 Vgl. Grundrisse/ 311, MEW 26,2/425 und passim. Schon vor diesen allgemeinsten Bestimmungen des Imperialismus erweisen sich die gängigen Theorien, die im Imperialismus unter stereotyper Berufung auf Lenin ein neues „Stadium“ sehen, als Revision von Marx. Was seiner Theorie zufolge die endgültige Durchsetzung des Kapitalismus darstellt, wird als dessen qualitative Veränderung ausgegeben, so daß sich schließlich zwei „Kapitalismen“ gegenüberstehen und die Gesetze des ersten für das „Stadium“ heute nicht mehr gelten sollen.

Lenins Imperialismusschrift ist zunächst Ausdruck dafür, daß Lenin die Notwendigkeit einer Ableitung des Imperialismus aus den allgemeinen Gesetzen des Kapitals gesehen hat. Doch sind seine Ausführungen über den Imperialismus geprägt von einem falschen Monopolbegriff, den er in unhaltbarem Gegensatz zur Konkurrenz stellt (Monopole setzen den Marktpreis fest!) und durch eine Theorie des Finanzkapitals ergänzt, so daß der Imperialismus für ihn die Außerkraftsetzung des Wertgesetzes impliziert. Indem er so den Imperialismus als neues „Stadium“ der kapitalistischen Entwicklung versteht, läßt er die falsche Auffassung erkennen, als handle Marx im „Kapital“ geschichtliche Stadien im Kapitalismus ab, nicht dessen allgemeine Gesetze.

verletzen, da im Konflikt zwischen Nationen keine über den kontrahierenden Staaten stehende Macht existiert, die das Recht wiederherstellen könnte. Drängt die Akkumulation des Kapitals vermittelt über die Reproduktionsinteressen der Staatsbürger den Staat zum gewaltsamen Vorgehen gegenüber anderen Staaten, so entscheidet allein die Gewalt.

Bereits aus diesen Bestimmungen erweisen sich gängige Versuche der Kritik staatlichen Handelns nach außen als falsch:

- a) Statt eine imaginäre Friedensliebe der Massen zu beschwören, wenn kapitalistische Staaten zum Krieg als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ übergehen, gilt es die durchaus realen Interessen auch der Arbeiterklasse an einer Stärkung "ihres" Staates in der internationalen Konkurrenz als falsch nachzuweisen. Das bedeutet, daß am außenpolitischen Vorgehen des Staates gezeigt werden muß, wie in ihm die kapitalistische Zerstörung der Reproduktion der Arbeiterklasse enthalten ist und nicht deren Sicherung (2). Die Sphäre der Moral muß zugunsten einer politökonomischen Erklärung verlassen werden, sonst stellen sich jene grotesken Argumentationen ein, die den „Massen“ weismachen wollen, das Militär sei überflüssig. Das genaue Gegenteil wäre zu zeigen: daß zum bürgerlichen Staat notwendig das gewaltsame Vorgehen nach außen gehört, was in der Errichtung des Militärs seinen Niederschlag findet.
- b) Statt gegen die kriegerische Außenpolitik die demokratischen Ideale ins Feld zu führen, ist darauf zu insistieren, daß beide derselben gesellschaftlichen Grundlage entspringen und die Form der bürgerlich-parlamentarischen Republik nur die adäquate Weise der Verselbständigung der politischen Sphäre darstellt, die als Staat den Expansionsdrang des Kapitals nach außen exekutiert.

Die „Identifikation“ der Arbeiter mit den Aktivitäten des Staates hat ihre materielle Grundlage im allgemeinen Verhältnis der Privatsubjekte - so auch der Arbeiter - mit ihren Interessen an Reproduktion zum Staat als der allgemeinen Instanz, die die Bedingungen für die Reproduktion ihrer Bürger sichern soll. Es soll also nicht der unmittelbar erwartete Vorteil für die Reproduktion, der die Arbeiter in den Krieg ziehen läßt, sondern die Anerkennung des Staates als der für das Allgemeinwohl eintretenden Instanz. Sieht man diese Grundlage nicht, verlegt man die Erklärung der Tatsache, daß es die Arbeiter verschiedener Nationen sind, die sich im Krieg wechselseitig umbringen - und nicht die Kapitalisten oder „Monopolherren“ - ganz in den Bereich einer jeder gesellschaftlichen Grundlage entbehrenden Gesinnung: hier zeigt sich, wie nahe die Beschwörung der „Friedensliebe“ der Klage über die „Aggressionen“ der Menschen steht, mit denen die bürgerliche Friedensforschung aufwartet. Korrelat zur unterstellten „Friedensliebe“ bildet die falsche Auffassung von der Bestechung der Arbeiter in „den Metropolen, die an die Stelle einer Theorie über das Verhältnis von Staat und Volk, in der die objektive Funktion des Staates auch für die Reproduktion der Arbeiterklasse ihre Erklärung findet, den Vorwurf setzt, die Arbeiter würden unrechtmäßig ihren Vorteil suchen.

2. Die Subsumtion der nicht kapitalistisch produzierenden Länder unter das Kapital vollzieht sich historisch als deren Einbeziehen in die internationale Warenzirkulation, wodurch diese Gesellschaften zunehmend vom internationalen Handel abhängig werden. Eine Epoche gewaltsamer Plünderungen (Kolonialismus) wird abgelöst durch die freie Konkurrenz, den Austausch von Waren zwischen den Gesellschaften, der die *Produktion* der Kolonie dem Wertgesetz unterwirft, ohne daß in ihnen die Produktivkräfte eine Entfaltung erfahren haben, die den „unterentwickelten“ Ländern die Konkurrenzfähigkeit sichern würde. Eine nationale Akkumulation des Reichtums wird verhindert. Die Vereinseitigung der Produktion, welche der Kolonialismus im Anschluß an die Phase des offenen Raubes vorbereitet, verstärkt sich in vielen „Entwicklungsländern“ durch den Übergang zur kapitalistischen Produktionsweise, die mit dem Kriterium des Profits in schroffem Gegensatz zu den Bedürfnissen dieser Gesellschaft steht. Ob produziert wird oder nicht, ist eine Frage der Rentabilität — der Preis der Arbeitskraft und die Reichtümer der Natur, deren die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften bedürfen, geben den Ausschlag. Dies gilt sowohl für den Kapitalexport aus den entwickelten kapitalistischen Ländern als auch für die Investitionen, die durch eine entstehende nationale Bourgeoisie getätigt werden. Auch die letztere unterwirft sich der Konkurrenz der Kapitale auf dem Weltmarkt, wenngleich ihre Existenz im Unterschied zur Direktinvestition aus dem Ausland der „unterentwickelten“ Gesellschaft mehr von dem zuteil werden läßt, was Marx die „zivilisatorischen Tendenzen“ des Kapitals genannt hat. Der aus der Konkurrenz resultierende Gegensatz zwischen nationalem und ausländischem Kapital ist es auch, der den Schein verstärkt, der durch die Abwicklung des internationalen Handels über die Beziehungen der Staaten untereinander erzeugt wird, nämlich, daß der Imperialismus wesentlich ein Problem der *nationalen Unabhängigkeit* sei (3).

In der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise treffen die kapitalistischen Staaten auf despotische Formen der Organisation des Gemeinwesens, die sich im internationalen Rahmen wie bürgerliche Staaten verhalten müssen, ohne jedoch selbst Resultat einer kapitalistischen Entwicklung ihrer Produktionsweise zu sein. Diese Regierungen leisten mit ihrer direkten, nicht über die Verselbständigung einer politischen Sphäre neben dem ökonomischen Leben der Gesellschaft abgeleiteten Gewaltherrschaft einerseits gute Dienste für die ausschließliche Verfügung kapitalistischer Unternehmen über die Bodenschätze ihrer Länder: deswegen werden sie von imperialistischen Staaten unterstützt und mit militärischer Macht gehalten. Andererseits geraten sie in Gegensatz zur kapitalistischen Entwicklung ihrer Gesellschaften selbst, die ihnen von außen aufgezwungen wird. Auch in „unterentwickel-

3 Daß diesem Schein gerade diejenigen aufsitzen, die sich auf Lenins Imperialismustheorie berufen, ist ein Indiz für das eklektizistische Verhältnis moderner „Leninisten“ zu seinen Aussagen, enthält doch die Imperialismusschrift die richtige Einsicht, daß unter den vom Imperialismus hergestellten Weltmarktbedingungen der Nachvollzug einer autonomen kapitalistischen Entwicklung vom Imperialismus abhängiger Staaten unmöglich ist. Daraus folgt, daß deren politische Unabhängigkeit nur eine neue, dem Weltmarkt adäquate Form ökonomischer Abhängigkeit darstellt.

ten" Ländern bedarf das Kapital der freien Lohnarbeit, eines entwickelten Geld- und Kreditwesens usw., was eine Auflösung der traditionellen Lebensweise bedingt und als Forderung der imperialistischen Staaten an die jeweiligen Regimes seinen Niederschlag findet, meist in idealisierter Verkleidung als Aufforderung zur „Demokratisierung" und „Humanisierung" der politischen Verhältnisse, oder auch als Bemühen um die Hebung des Bildungsniveaus. Dies bedeutet aber nicht, daß in der Agitation zum Imperialismus sich kommunistische Politik auf eine Seite des vom Kapital erzeugten Widerspruchs zu fixieren hätte, dergestalt, daß sie die Herstellung demokratischer Verhältnisse in „unterentwickelten" Ländern als Ziel des Kampfes auszugeben hätte (4).

Die Entwicklung politischer Demokratie kann — und das zeigen auch die Länder, in denen sich eine demokratische Staatsform herausgebildet hat (Chile!) — bestenfalls zu „geregelten Formen" der ökonomischen Abhängigkeit führen, die sich in mangelnder Konkurrenzfähigkeit, Angewiesensein auf Kredit („Entwicklungshilfe") etc. niederschlägt und die internationale Ausbeutung nur perpetuiert. Zudem suggeriert solche „antiimperialistische" Argumentation die Unversöhnlichkeit von politischer Demokratie und Klassenherrschaft und nimmt damit einen Hauptpunkt bürgerlicher Ideologie in ihr Programm auf.

3. Aus der Analyse des Imperialismus ergibt sich auch unsere Stellung zu den Befreiungsbewegungen. Daraus, daß sie der Form nach nationale Bewegungen sein müssen, folgt keineswegs, daß sie sich auch in ihrem Programm auf nationale Zielsetzungen zu beschränken haben. Auch für Bewegungen in der „Dritten Welt" (5) gilt, daß sie revolutionär nur sind, wenn sie sich aus der Einsicht in das weltweite Kapitalverhältnis bestimmen. Internationale Solidarität kann deshalb auch nicht in ein moralisches Postulat verdreht werden, das von einer kommunistischen Organisation in den Metropolen die bedingungslose Unterstützung aller Befreiungsbewegungen fordert, nur weil es diese gibt (6). Kriterium für eine Unterstützung der Kämpfe

4. Angesichts der offen zutage tretenden *ökonomischen* Wirkung des Imperialismus, wie er sich im Hunger der „Dritten Welt" manifestiert, erscheint es als blanker Zynismus, daß „Marxisten" hierzulande die *politischen Ideale des Kapitalismus* als Kampfziel angeben! Demokratische Verkehrsformen sind auch hier nur Mittel kommunistischer Politik.

5. Der Begriff „Dritte Welt" enthält die falsche Vorstellung, als existierten neben kapitalistischen und sozialistischen Ländern noch Länder einer eigenen Kategorie. Somit ist im Begriff „Dritte Welt" ausgelöscht, daß die ökonomische Unterentwicklung bestimmter Länder Produkt des Kapitalverhältnisses im Weltmaßstab ist.

6. Die falschen Varianten antiimperialistischer Politik reichen von der Auffassung, man dürfe Befreiungsbewegungen nicht kritisieren, da dies hieße, sich zum Richter praktischer Kämpfe der ausgebeuteten Völker aufzuspielen, bis zur platten Übertragung von Strategien in der „Dritten Welt" auf kommunistische Politik in den Metropolen. Anstatt die im proletarischen Internationalismus enthaltene Pflicht zur Kritik falscher kommunistischer Positionen grundsätzlich anzuerkennen, fordern solche Auffassungen die Verherrlichung existierender Befreiungsbewegungen.

Hinter dem Vorwurf, Intellektuelle, die es sich in Westeuropa gut gehen lassen, hätten keine Berechtigung zur Kritik an den Strategien der Befreiungsbewegungen, steckt gewöhnlich gar nicht die verlangte Enthaltensamkeit bezüglich der Beurteilung der Kämpfe,

muß auch in diesem Bereich kommunistischer Politik sein, daß sich das Vorgehen der infragekommenden Organisation objektiv gegen die *Ursache* der sozialen Mißstände richtet. Wir wissen, daß die Organisationen in der „Dritten Welt“ aufgrund der dortigen Verhältnisse zu anderen Programmen und Methoden ihres Kampfes gezwungen sind als eine KP in entwickelten kapitalistischen Ländern, so daß z. B. die Erringung demokratischer Zustände eine wesentliche Bedingung für weitergehende Kämpfe darstellt. Daraus eine Apotheose der Demokratie oder der „Volksfront“ abzuleiten und die Strategie solcher Bewegungen gar als Beleg für die Richtigkeit einer ähnlichen Vorgehensweise hier bei uns zu nehmen, verbietet sich aufgrund unserer Kenntnisse.

Wenn in der Agitation der antiimperialistische Kampf in der „Dritten Welt“ thematisiert wird, so sind es gewöhnlich drei Ziele, die wir verfolgen.

Wir versuchen

- a) durch Sammlungen eine bescheidene materielle Unterstützung des Kampfes zu bewirken,
- b) durch die kontinuierliche Darstellung des imperialistischen Vorgehens in der „Dritten Welt“ die geringen Druckmittel, die im Medium bürgerlicher Öffentlichkeit gegeben sind, auszunützen und Regierungen eventuell in einer für die Revolutionäre in der „Dritten Welt“ günstigen Weise zu beeinflussen. (Daß die Erfolge von Demonstrationen äußerst bescheiden sind, haben zehn Jahre Vietnam-Protestbewegung in aller Welt aufs Deutlichste gezeigt. Eine klassenbewußte Arbeiterschaft hat hier freilich andere Druckmittel.)
- c) durch die wissenschaftliche Erklärung des Imperialismus die moralische Empörung in die Einsicht von der Notwendigkeit des Kampfes gegen das Kapital in den Metropolen zu überführen. Dies kann nur gelingen, wenn klar wird, daß die Ursache für den Hunger und die Völkermorde in der „Dritten Welt“ im System der kapitalistischen Produktionsweise liegt, die Verhältnisse dort und die bürgerlichen Zustände hier also zusammengehören.

Wider den Mißbrauch

Wer sich um die praktische Umsetzung der wissenschaftlichen Kapitalismuskritik bemüht, trifft stets auf einen bestimmten Entwicklungsstand kommunistischer Theorie und Praxis. Das Kapitalverhältnis produziert durch seine Antagonismen in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen ein Bewußtsein von der Notwendigkeit seiner Veränderung und auch den Willen, eine praktische Bewegung ins Werk zu setzen..So finden sich gemäß den unterschiedlichen Auffassungen über die kapitalistischen Verhältnisse und den Weg ihrer Beseitigung auch gegenwärtig eine Reihe konkurrierender Organisationen, deren Praxis zu den objektiven Voraussetzungen

sondern eine offene Parteinahme für die politischen Programme bestimmter Organisationen in den jeweiligen Ländern.

kommunistischer Politik zählt. Unser Umgang mit diesen Voraussetzungen wurde an einigen Punkten der negativen Abgrenzung bereits zum Ausdruck gemacht.

Aus dem Faktum der Erstellung einer eigenen Programmatik geht schon hervor, daß wir die bestehenden Ansätze für mangelhaft halten; und soweit es die Allgemeinheit einer solchen Programmatik erfordert, haben wir auch die Kritikpunkte angesprochen (ihre detaillierte Formulierung freilich gehört in die ständige Auseinandersetzung um die Begründung und Durchführung politischer Schritte). Sie lassen sich zusammenfassen in dem Vorwurf, daß die kritisierten Organisationen von einer wissenschaftlichen Begründung ihrer Praxis abgehen und an ihre Stelle andere Kriterien treten lassen, was sich besonders deutlich im Umgang mit den Texten der Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt. Wenn wir im Rahmen unserer Argumentation Zitate von Marx, Engels und Lenin verwenden oder auch bei ihnen entwickelte Argumente zusammenfassen, dann ist dies als Hinweis darauf zu nehmen, daß wir bei ihnen die wesentlichen Grundlagen für die Bestimmung revolutionärer Politik finden. Nicht weil sie gemeinhin als Klassiker gelten, haben wir sie zitiert, sondern weil sie richtige Kenntnisse des Kapitalismus erarbeitet haben und zur Grundlage ihrer Strategie machten. Diese Selbstverständlichkeit muß wegen des üblich gewordenen Umgangs mit den Schriften der Klassiker (und derer, die keine sind) ausgesprochen werden: dieser Umgang zeichnet sich dadurch aus, daß beim Zusammensuchen von Zitaten überhaupt nicht mehr geprüft wird, ob der jeweils zur Debatte stehende Gegenstand identisch ist mit dem, der im gewählten Beleg behandelt wird. Eine Reflexion über die Richtigkeit des Zitierten gilt als völlig überflüssig; die Autorität des Klassikers genügt.

Hier einige ständig wiederkehrende Beispiele aus dem Schatz gegenwärtiger Auseinandersetzungen:

- a) In den sattsam bekannten Theorie-Praxis-Diskussionen wird stets denen, die auf der theoretischen Begründung aller praktischen Schritte beharren, mit Marx-Zitaten aus der „Deutschen Ideologie“ begegnet, in denen die Worte „real“, „praktisch“, „wirklich“ u. ä. vorkommen. Solche Zitate sollen die Ohnmacht des Gedankens mit Hilfe des Zeugnisses von Marx schlagartig demonstrieren, wenn man einen kleinbürgerlichen Theoretiker entdeckt zu haben glaubt. Abgesehen davon, daß in den positiven Ausführungen über bürgerliche Gesellschaft und insbesondere über falsches Bewußtsein, wie sie in der „Deutschen Ideologie“ vorkommen, Fehler enthalten sind (z. T. handelt es sich auch um allgemeine Charakteristika, die ihre wissenschaftliche Ableitung erst im „Kapital“ erhalten), bringt ein solches „Verwenden“ von Marx seine Polemik gegen *bestimmte* Theorien, die sich eine lächerliche Relevanz beismaßen, zum Zeugnis für Theoriefeindschaft herunter.

Weshalb sich Marx sein Leben lang um die Ausarbeitung der Theorie bemüht hat und die „reale“, „praktische“, „wirkliche“ Bewegung in ihrer Lasalleischen Flachköpfigkeit kritisierte, muß ein Rätsel bleiben (Bisweilen mußte Marx sogar konstatieren, daß die Kämpfe der Arbeiter mehr Einsicht enthielten als die Programme „ihrer“ Organisationen). Die schlichte Antwort auf

dies Rätsel, daß die wirkliche Bewegung *erkannt* sein will, soll sie der proletarischen Organisation als Grundlage ihres Handelns dienen, wird gelehnt und durch einen — der bürgerlichen Wissenschaft entlehnten — Gegensatz ersetzt. Die Realität und ihre wissenschaftliche Analyse stehen sich als zwei einander ausschließende Bestimmungsgründe kommunistischer Politik gegenüber; „konkrete“ Erfahrungen und Interessen *gegen* Wissenschaft . . . Der von Marx für den Kapitalismus als wesentlich bezeichneter Sachverhalt, daß die Menschen ihre Geschichte ohne Bewußtsein machen, erfährt ausgerechnet von denen seine Bestätigung, die ihn abschaffen wollen.

Die Neigung, den wissenschaftlichen Sozialismus auf leicht faßliche Quintessenzen zu verkürzen, findet ihrer Ausdruck in dem wahllosen Zitieren von Engels, ohne die Mängel seiner zusammenfassenden Schriften und Polemiken zu berücksichtigen. Wer etwa konstatiert, daß sein Kommentar zum Wertgesetz im „Kapital III“ oder manche Aussagen zur Rolle des Staates bei der Herausbildung des Kapitalismus im Widerspruch zur Kritik der Politischen Ökonomie stehen, gilt den Zitierern bereits als Verräter des Historischen Materialismus. Im Bereich der Aussagen zur Philosophie- und Wissenschaftsgeschichte führt das selbstgenügsame Herunterbeten von Resultaten, zu denen Engels durch das Studium der Quellen gelangt ist, in die absurdesten Varianten der Idealismuskritik: die detaillierten Studien, die im Fragment zur „Dialektik der Natur“ enthalten sind, werden zum Gegenteil dessen verwendet, was Engels zeigen konnte: man macht ihn zum Kronzeugen des Empirismus. Noch deutlicher offenbart sich das willkürliche Umspringen mit Zeugnissen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in der „Kanonisierung“ von Lenin. Die Tatsache, daß in Rußland eine Revolution stattgefunden hat, wird als Garantie dafür genommen, daß die Leninsche Theorie und Praxis auch richtig gewesen sein muß. Wird in der Auseinandersetzung gezeigt, daß sich in Lenins Auffassung vom Kapitalismus viele Fehler, ja den Marxschen Einsichten völlig widersprechende Aussagen fehlen, die auch dazu geführt haben, daß seine Analyse der historischen Verhältnisse in Rußland mangelhaft ist (was eben zu partiell anderen Erklärungen der revolutionären Kämpfe zwingt, als sie Lenin gegeben hat), erfindet man die Ausflucht, Lenin dürfe nicht als Marx-Philologe kritisiert werden — er sei wesentlich praktischer Revolutionär gewesen. In dieser Gegenüberstellung wird Lenin schon gar nicht mehr ernst genommen. Statt an seinen richtigen Einsichten festzuhalten, seine Fehler aber zu kritisieren, erkennt man nicht einmal mehr das immerzu hergebetete Diktum von Lenin selbst an, daß ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Bewegung möglich sei.

Wo das fast schon religiöse Verhältnis zu Personen aus der revolutionären Tradition die eigene wissenschaftliche Arbeit als Voraussetzung für politische Praxis ersetzt, macht es dann auch keine Schwierigkeiten, Leute zu „großen Marxisten“ zu erklären, bei deren Theorien der Gegensatz zur Marxschen Theorie noch offensichtlicher ist. Wer die revolutionäre Theorie als die „gesammelten Erfahrungen der Arbeiterbewegung“ faßt, muß Aussagen wie

„Um also in der Politik nicht fehlzugehen, muß man vorwärts schauen und nicht rückwärts.“

„Um also in der Politik nicht fehlzugehen, muß man Revolutionär sein und nicht Reformist.“

„... die Menschen bilden ein notwendiges Element der Bedingungen des materiellen Lebens der Gesellschaft, und ohne das Vorhandensein einer gewissen Mindestzahl von Menschen kann es keinerlei materielles Leben der Gesellschaft geben.“
(Stalin: Über dialektischen und historischen Materialismus)

für Bereicherungen der Wissenschaft halten. Kommunisten müssen aufräumen mit solchem vulgären Geseiche, das — unterstellt man, daß auch Stalin seinen „Einsichten“ gemäß gehandelt hat — auch für die Praxis relevant geworden ist. Den Absolventen der Akademie der Roten Armee meinte er z. B. durchaus beibringen zu müssen,

„daß von allen wertvollen Kapitalien, die es in der Welt gibt, das wertvollste und entscheidende Kapital die Menschen sind“, weshalb es auch „Mangel an Menschen“ zu überwinden gilt.

Auch die Bedeutung, die manche Organisationen Mao Tse-tung als marxistischem Theoretiker beimessen, ist aus seinen Schriften nicht zu begründen, noch weniger aus dem Verlauf der chinesischen Revolution. Es steht dabei zwar außer Zweifel, daß er in seinen Analysen Gegensätze innerhalb der chinesischen Gesellschaft und vor allem ihre Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten zum Ausdruck brachte, auch daß er diese Gegensätze in der Praxis der KP Chinas ausfocht. Doch ist eine Theorie und Praxis, die in Gegensatz zu den Verhältnissen in China gerät, nicht schon wissenschaftlicher Sozialismus (verfährt man so unhistorisch, kann man auch die vorbürgerlichen Revolutionäre zu Marxisten stempeln) und gültige Strategie im Kampf gegen das Kapital, von dem die chinesische Gesellschaft wohl kaum beherrscht war. Seine sogenannten erkenntnistheoretischen Aussagen entsprechen denn auch seinen „Klassenanalysen“: sie sind ein Gemisch aus empiristischen Positionen (was durchaus bedeutet, daß sie sich radikal gegen traditionelle Anschauungen in China richten) und ihnen widersprechenden Zitaten der Klassiker, das in der Übernahme und schöpferischen Anwendung durch „Marxisten-Leninisten“ bisher nur Stilblüten gezeitigt hat. Wir leugnen nicht die objektive Bedeutung des Umsturzes, zu dem der jahrzehntelange Kampf gegen Japan und die Kuomintang führte: es sind durch ihn sogar die *Möglichkeiten* eines sozialistischen Aufbaus geschaffen worden — deswegen auch die Aufzählung der „Elemente des Volkes“ für marxistische Theorie zu halten, überlassen wir denen, die zur Politik eine positive Identifikation mit einem mächtigen Freund benötigen und meinen, mit der Wiederholung eines Satzes, die Haupttendenz in der Welt sei Revolution, eine „tiefe Weisheit“ von sich zu geben.